

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk. bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4595. — **Vollcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13603. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon 4595**

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 2.50 Mk. bei Platzvorschrift 3.— Mk. Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— Mk. **Klame-Kolonelle 10.— Mk.** — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721**
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Die Konferenz in Washington. Der Ruf an Deutschland.

Washington, 28. November. (U.) Der deutsche Geschäftsträger von Therman hat der amerikanischen Regierung mitgeteilt, daß Deutschland bereit sei, eine Delegation nach Washington zu schicken, die bevollmächtigt sein soll, die von Briand gewünschten Garantien für Deutschlands friedfertige Absichten zu geben. Gleichzeitig hat Therman mitgeteilt, daß Deutschland eine Besprechung der Frage der Reparationen für dringend und wichtig ansieht; denn eine Durchführung des jetzigen Zahlungsprogramms würde nur dazu führen, daß in Wirklichkeit niemand etwas erhält. — Die Bemühungen, Deutschland einzuladen, Vertreter nach Washington zu schicken, gehen auf die Vereinigten Staaten und England zurück. Von amerikanischer Seite wird verrietet, daß man der deutschen Regierung amtlich zu verstehen gegeben habe, sie möge alle Vorbereitungen für die Entsendung einer kleinen wirtschaftlichen und militärischen Delegation treffen, der das Recht zugesprochen werden soll, die Pläne der Abrüstung zu prüfen und die Frage der Reparationen offen zu erörtern. — Präsident Harding hat die Absicht, Deutschland in die neu zu schaffende Völkervereinigung einzubeziehen, die den Völkerbund ersetzen soll. Diese neue Völkervereinigung soll nach den Wünschen Hardings die Vereinigung aller Nationen in einer losen Organisation sein, die nicht das Recht haben soll, irgendwelche Einwirkungen in die Souveränität eines Staates vorzunehmen.

Washington, 28. November. (Frankf. Ztg.) Für den Man. jedes Jahr eine Weltkonferenz abzuhalten, um die großen Wirtschaftskrisen und die Krisen des Fernen Ostens zu reaktivieren, hat der amerikanische Bundeskongress im allgemeinen Leibeshafter Interesse. Auch W. D. H. C. der jetzige Chef der französischen Delegation, bekundet dafür Sympathie; wenn er sich trotzdem gegen die Auffassung Deutschlands auf dieser internationalen Konferenz erklärt, so steht er mit vieler Stellungnahme ziemlich allein, denn selbst die französische Tribüne spricht sich für die Auffassung Deutschlands aus. — Es ist leicht zu sehen, daß die Resultate der oecumenischen Konferenz auch Deutschland zur Zustimmung unterbreitet werden, obwohl Deutschland zu dieser Konferenz nicht eingeladen ist. Es ist deshalb von größter Wichtigkeit, daß es durch eine repräsentative Vertretung vertreten sei: eine möglichst schnelle Besetzung der deutschen Botschaft in Washington sei deshalb äußerst wünschenswert.

Der Völkerbund und die „Gesellschaft der Nationen“.

Washington, 28. November. (U.) Bei den hier anwesenden Vertretern des Völkerbundes besteht die Auffassung, daß es erwünscht ist, eine goldene Brücke zu schlagen zwischen dem jetzigen Völkerbund und der von Harding geplanten Vereinigung der Nationen.

Kein Unterschied zwischen Land- und Seerüstungen.

London, 28. November. (U.) Reuter meldet, daß obwohl Lord George begierig sei nach Washington zu kommen, bis Ende dieser Woche im Zusammenhang in der irischen Frage nichts Bestimmtes gesagt werden kann. Großbritannien hofft, daß die Washingtoner Konferenz erfolgreich sei, steht aber auf dem Standpunkt, daß kein Unterschied gemacht werden dürfe zwischen Land- und Seerüstungen. Der Wiederaufbau der Welt und des finanziellen Gleichgewichts sei unabhängig von der Verhandlung der Abrüstungsfrage.

Der italienisch-französische Konflikt. Rundgebungen in Italien gegen Frankreich.

Rom, 28. November. (U.) Ungeachtet des schon eingetragenen scharfen Dementis betreffend die angeblichen italienischen Äußerungen Briands haben Rundgebungen gegen Frankreich auch in Bologna, Sorrent, Genua, Mailand, Neapel und Messina stattgefunden. Außer in Turin ist nirgends das Einverständnis der Polizei gegen die Demonstranten notwendig gewesen. In Rom wurde am Sonnabend und Sonntag ebenfalls demonstriert, allerdings mit Maß und Ruhe und ohne daß Zusammenstöße erfolgten. — Ministerpräsident Bonomi und Außenminister della Torretta haben im Senat und in der Kammer die Erklärungen des italienischen Delegierten bekanntgegeben und in aller Form versichert, daß die Briand in den Mund gelegten unsinnigen Äußerungen über das italienische Heer vom ersten bis zum letzten Worte erfunden sind. Es wird hier ausdrücklich hervorgehoben, daß die bekannte Falschmeldung von französischer Seite ausging und zwar von einem Manne, der Briand persönlich nicht günstig gesinnt ist und der mit der Meldung kein anderes Ziel verfolgte, als seinem politischen Gegner einen Schwerepunkt zu bereiten. Die Montags-Morgenblätter veröffentlichen das kategorische Dementi des italienischen Bevollmächtigten in Washington.

Der Konflikt Briand-Schanzer beigelegt.

Washington, 29. November. (U.) W. D. H. C. bestritt in einer feierlichen Erklärung die italienischen Äußerungen Briands Frankreich sei durch Bande des Blutes und der Freundschaft an Italien gekettet. Schanzer gab sich mit dieser Erklärung zufrieden und dankte Hughes für die taktvolle und sympathische Art, in der er diesen Konflikt ausgeglichen hat. Aus den Äußerungen des italienischen Delegierten geht hervor, daß ein Konflikt bestand.

Als Urheber der Notiz über die Beschimpfungen des italienischen Heeres wird der unter dem Pseudonym Berlinax schreibende französische Schriftsteller angesehen. Obwohl die Vorgänge in Washington nunmehr vollkommen geklärt erscheinen, ist

es doch bemerkenswert, wie trotz der regierungsoffiziös erfolgten Dementis die Bewegung in Italien so hohe Wogen schlagen konnte. Der Temps schreibt dazu:

Unglücklicherweise sind wir gezwungen, festzustellen, daß der Geisteszustand in Italien der Politik der Einheit und der italienisch-französischen Entente nicht entspricht. Es ist besonders verhängnisvoll, daß der Erfolg einer vergrößerten Propaganda jetzt auch seine Wirkung bei sozialen Elementen zu tun beginnt, von denen man eine bessere Kenntnis der Wahrheit und gerechteres Denken hätte erwarten können.

Die Klassen Gegenstände in den Reihen der Entente werden durch diesen elementaren Ausdruck der Volksstimmung in Italien nur allzu klar dokumentiert. Die italienische Regierung wird mit dieser antisozialistischen Stimmung weiterhin zu rechnen haben. Es zeigt sich mehr und mehr, daß Frankreich durch seine intransigente Politik dem Zustand einer völligen Isolierung entgegengeht. In Washington hat man Briand trotz aller schönen Reden die kalte Seite gezeigt. Mit allen seinen Garantiebestrebungen ist er abgelehnt und seine Drohhede hat nur den Erfolg gehabt, daß England durch Lord Curzon noch deutlicher zu verstehen gab, daß Frankreich auf dem falschen Wege sei. Dazu kommt der eruptive Ausdruck der Volksstimmung in Italien. Also Absage in Amerika, England und Italien.

Die alte wilhelminische Politik des Anebens in der ganzen Welt wird von Frankreich trefflich kopiert. Sie ist der getreulichste Ausdruck des Imperialismus. Auch der französische imperialistische Größenwahn wird seine Ernüchterung erleben.

Der Vorwärts für sofortige Erfassung der Goldwerte.

Berlin, 28. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der Vorwärts fordert die Regierung auf, schleunigst an die Erfassung der Goldwerte zu gehen. Je näher der 15. Januar rückt, ohne daß die steuerliche Aufbringung der Goldbeiträge erfolgt sei, um so reitzungsreicher werde das deutsche Volk an die Industriekapitäne ausgeliefert. Das Ultimatum, das Herr Sinnes am 13. oder 14. Januar proklamieren kann und wahrscheinlich auch wird, läßt dann nur noch eine Wahl: Annehmen oder die Gewaltmaßnahmen der Entente über uns kommen lassen. Das letztere wäre der Bankrott der Erfüllungspolitik, das erstere der vernichtende Schlag gegen den Sozialismus. An beiden wirkt die Erfassung der Sachwerte herausbringend und mit den schärfsten Mitteln die Besteuerung der Betriebe betreibend. Der Vorwärts sagt: Die Frist läuft ab, die Regierung zaudert. Wir wissen von unfern Genossen, die an ihr teilnehmen und die bisher in unserm Sinne gewirkt haben, daß sie diese Konsequenzen im Auge behalten. Dann gibt es nur eine Möglichkeit, die heißt: vorbeugen. Die Industrie habe ihr Wort gebrochen, wenn sie nicht jetzt schon wagt, mit Garantien vor die Öffentlichkeit zu treten. Ihr Kreditangebot sei das Danaergeschenk, als das der Vorwärts es schon vom ersten Tage ab gekennzeichnet habe. Zum Schluß heißt es: Noch ist es Zeit, in zwei Wochen wird es zu spät sein. Wir warnen!

Wir schätzen uns den Forderungen des Vorwärts voll und ganz an, indem wir schon immer betonten, daß die Erfassung der Goldwerte der einzige Rettungsanker sei, der uns aus dem Finanzchaos retten kann. Der Vorwärts sagt: die Frist läuft ab, die Regierung zaudert, und er vermag doch nicht, eine positive Stellungnahme der rechtssozialistischen Mitglieder in der Regierung zu diesen Fragen zu geben. An ihnen liegt es, wenn die Zentrumsleute versagen, die Kabinettsfrage zu stellen, um endlich einmal Klarheit in dieser wichtigsten Angelegenheit für das ganze Reich zu schaffen, ehe es zu spät ist. Vor einer Woche erklärte Dr. Wirth im Steuerausschuß, daß er binnen kürzester Frist eine „positive Darstellung“ über den Stand der Goldwertfrage bezug dem Kreditangebot der Industriellen geben wolle. Bisher ist davon nichts wieder verlautet worden. Wir erinnern den Reichstanzler an seine vorwöchigen Versprechungen und hoffen, daß wir nun endlich Klarheit bekommen, daß er endlich mit seiner „positiven Darstellung“ an die Öffentlichkeit kommt. Gestern hat der Auswärtige Ausschuh im Reichstage getagt. Die Verhandlungen wurden unter dem Schweigegebot für die Teilnehmer geführt. Auch Herr Sinnes nahm an der Sitzung teil, ohne aber, wie Berliner Zeitungen zu melden wissen, über den Erfolg seiner Londoner Reise irgendwelche Mitteilungen zu machen. Die Steuerfrage hängt daher in ihren wichtigsten Teilen immer noch in der Schwärze, es ist Aufgabe der gesamten deutschen Arbeiterklasse, mit aller Entschiedenheit die Forderung zu stellen, daß nunmehr endlich Klarheit geschaffen werde. Die Frist läuft ab, die Regierung zaudert, die Partigenossen des Vorwärts in der Regierung haben die Möglichkeit, die zaudernde Regierung zu endlichem Handeln zu bewegen. Werden sie es tun?

In einer Versammlung zu Berlin sprach der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt eingehend über die gegenwärtige Wirtschaftslage. Aus den anschließenden Bemerkungen des Vorsitzenden dieser Versammlung läßt sich ersehen, daß die Rechtssozialisten scheinbar auf kommende Wahlen mit aller Sicherheit rechnen.

Russische Methoden.

Von D. Janssen.

Die Veröffentlichung der kommunistischen Geheimberichte sind ein weiterer Beleg dafür, bis zu welcher Höhe jene russischen Methoden entwickelt sind, die die unabhängige Partei auf dem Parteitag in Halle mit aller Energie bekämpfte. Die Lachpfeifmanier der „Führer“, der Kadavergehorsam der Mitglieder, die Direktionslosigkeit der Partei, das alles sind Folgen jenes Rückfalls in die Verschwörertaktik, wie sie die geheimen Gesellschaften in Frankreich in der Zeit von 1830/48 entwickelten und übten. Es gilt, diese jetzigen Entstellungen geschichtlich zu verstehen als die Ergebnisse einer revolutionären Richtung, die wir mit dem Schlagwort Blanquismus zu kennzeichnen pflegen. Marx und Engels haben einen erbitterten Kampf gegen diese Verschwörertaktik geführt und die deutsche Sozialdemokratie hat sie praktisch während des Sozialistengesetzes überwunden durch die Verbindung gesetzlich-parlamentarischer und illegaler Propaganda und Aktion.

Durch die Enthüllungen wird eine Schrift wieder aktuell, die in der Arbeiterkassette bislang nicht die genügende Beachtung fand: Es ist die etwas verspätete Kritik Karl Kautskys an Trozkis Anti-Kautskij, eine Broschüre, die rückwärtslos die politische und ökonomische Bilanz des Bolschewismus zieht.

Mit Recht sieht Kautskij die Ahnen der jetzigen Moskauer Taktik in Blanqui und Bakunin. Er kennzeichnet den Typus des professionellen Revolutionärs des Vormärz, den Vorläufer des Bolschewisten, treffend in folgenden Sätzen, die ich wörtlich zitiere, um zu zeigen, wie schlagend jeder Tag die historische Analyse Kautskys bestätigt:

In der Verschwörung wurde ein eigenartiger Typus des Revolutionärs erzeugt. Zum Gelingen der Verschwörung war strengste Geheimhaltung notwendig, aber auch eine eiserne Disziplin. Das Mitglied durfte seine Oberen nicht kennen. Das leitende Komitee wurde nicht von den Mitgliedern gewählt, sondern es setzte sich selbst ein, bestimmte seine Helfer und diese waren Mitglieder, denen das Komitee verborgen blieb, damit keiner es verraten könne. Bisher Gehorham gegenüber einer unbekanntem, unkontrollierbaren Leitung, das war die erste Bedingung für jedes Mitglied der Verschwörung. Ebenso wichtig wurde eiserne Disziplin und Rückwärtslosigkeit. Der Verschwörer setzte stets sein eigenes Leben aufs Spiel, er mußte in jedem Moment bereit sein, fremde Menschenleben zu opfern, die die Sache gefährdeten. Nicht notwendig dagegen waren soziale Klarheit und Ehrlichkeit. Die brauchte bloß das leitende Komitee, in dessen Hände die Mitglieder der Verschwörung ihr Schicksal legten. Kritischer Sinn wurde direkt verpönt, denn Diskussionen und Streitigkeiten im Schoße der Geheimgesellschaft oder gar Zweifel an der Weisheit der Führer konnte man absolut nicht brauchen. Die Parole der Verschwörer mußte sein: Alles oder nichts. Wenn ihnen bei dem ersten Versuch offener Aktion nicht der völlige Umsturz gelang, harrte ihrer der Tod. Ein schriftliches Vorwärtskommen war für sie unmöglich. Beim ersten Sprung mußten sie ihr Opfer fallen oder untergehen. (Seite 64.)

Selbstverständlich ist der Bolschewismus in Russland und der moderne Kommunismus im Ausland nicht eine bloße Wiederholung der Verschwörertaktik in Frankreich, aber es ist ein Gemisch von proletarischer Massenbewegung und Verschwörertaktik, die allerdings in der weiteren Entwicklung in Russland naturnotwendig immer mehr zur Diktatur über die Arbeitermassen werden mußte, trotz grimmigstem Kampf gegen die anderen sozialistischen Parteien. Mit Recht schreibt Kautskij:

Freilich, wenn man erwartet hatte, durch die Auflösung jeder alten sozialistischen Partei, die durch die Revolution entfestelten Arbeitermassen vollständig dem Einfluß der bolschewistischen Partei und ihres Zentralkomitees auszuliefern, so daß die Allmacht oder Diktatur der Arbeiter selbst zur Diktatur des Zentralkomitees würde, so sah man sich darin enttäuscht. Um diese letztere Diktatur herbeizuführen, blieb nichts übrig, als zu den Methoden des alten Zarismus, wenn auch zunächst unter täuschenden Verschönerungen, zurückzugreifen. Es ist bezeichnend für die Rückständigkeit Russlands und seines Proletariats, daß derartige möglich wurde. . . . Eine neue Bureauratie wurde im Staate eingerichtet, ganz nach dem Muster, das Lenin 1904 für die Parteiorganisationsaufstellung hatte. . . . (Seite 69.)

Die Anwendung dieser russischen Methoden auf das viel höher entwickelte westeuropäische Proletariat ist die Geschichte der kommunistischen Partei in Deutschland. War schon einer ihrer Gründer, Leo Jogiches, ein Verschwörer im besten Sinne des Wortes, dem, wie Kautskij bezeugt, das richtige Verständnis für eine Massenbewegung fehlte, so entartete die Partei immer mehr durch den Niedergang Russlands und durch die

* Karl Kautskij: Von der Demokratie zur Staats-Flaverei. Eine Auseinandersetzung mit Trocki. Berlin 1921. Verlags-gesellschaft Freiheit. 128 S. Kautskij setzt sich auch mit dem Arbeitszwang und der Arbeitssamere auseinander, wobei er viele Fragen berührt, die bei der kommenden Arbeitslosigkeit brennend werden.

** Siehe die ausgezeichnete kleine Schrift von Karl Kautskij: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches, ihre Bedeutung für die deutsche Sozialdemokratie, eine Skizze. Verlag Freiheit, Berlin 1921. 20 S.

Kautskij gibt hier, angeregt durch eine Gedächtnisrede Kautskys, zugleich eine historisch-materialistische Erklärung der Bedeutung der russischen Bewegung für Deutschland im revolutionären und im reaktionären Sinne.

Festigung der dritten Internationale. Man darf bei dem Märzputz nie die Rolle vergessen, die Sendlinge der dritten Internationale dabei gespielt haben. Man wird dann auch ermessen, wie groß die Gefahr ist, wenn man neuen, verhässlichen Verbrechen kommunistischer Putschstakel nicht energisch entgegentritt. Es hatte den Anschein, als ob der Hungerstreik von Lichtenburg von Seiten der KPD zu einem neuen Vorstoß ausgenutzt werden sollte. Wir sehen aber auch, wie recht wir in der strikten Ablehnung der 21 Punkte taten. Dies Symbol einer internationalen Despolie des Moskauer Zentralkomitees hat längst seinen Glanz eingebüßt. Serrati und die italienische Partei sind ausgeschlossen worden, weil sie sonst die Moskauer Internationale verlassen hätten. Auch hier hat der „Renegat“ Kautsky recht behalten, weil er kein Renegat war, sondern weil er ökonomisch und nicht militärisch dachte. Sind nicht jene Worte wie für den heutigen Tag geschrieben, mit denen Kautsky das Wesen der dritten Internationale umschreibt?

Gleichzeitig versucht man, diese Diktatur in der Internationale aufzurichten, mit denselben Mitteln, mit denen die Bolschewiki vor ihrem Staatsstreich die anderen Sozialisten Russlands bekämpft hatten. Nur nimmt jetzt die Korruption der dazu disponierten Elemente ungeheure Dimensionen an, da sie über den russischen Staatshaushalt verfügen. Und wieder ist es eine Verschwörung, die die Leitung der Massen an sich zu reißen sucht. Unbekannte, niemand verantwortliche Sendlinge Moskaus sind es, die die kommunistischen Parteien außerhalb Russlands kontrollieren und dirigieren. Wogegen sich Engels 1870 gewendet, das ist jetzt in der dritten Internationale erreicht: sie wird ruffisch kommandiert, von Diktatoren, die sie selbst nicht kennt. Stellt der Bolschewismus in Russland seine Diktatur über das Proletariat vor, so in der Internationale eine Verschwörung gegen das Proletariat. Mit dem Verschwörerum entsteht auch wieder die alte Putschstakel, die nie so leichtfertig und bedenkenlos die Massen als bloßes Kanonenfutter verbraucht hat, wie jetzt, unter Moskauer Führung.

Mögen die Massen demokratisiert, mögen sie geschlichtet werden, wenn sie nur die Macht des Moskauer Zentralkomitees befestigen. Dieses ist der Meßstab, der allein das Proletariat der Welt zu erfassen vermag. Die Devise der ersten und der zweiten Internationale, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, sie wird völlig verleugnet durch die Praxis der dritten Internationale, die getragen wird von dem Grundsatze, daß die Befreiung der Arbeiterklasse der Welt nur erfolgen kann durch die Diktatur des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Russlands.

Dies gilt noch heute. Das beweisen Halle und Breslau, das beweisen die Vorgänge der letzten Zeit. In Russland gibt Lenin öffentlich zu, daß man sich geirrt habe im Tempo der Revolution, daß man den Kapitalismus aufbauen und die Bourgeoisie sich bereichern lassen müsse. Während man das bestritt, was Kautsky schon 1918 in seiner Schrift über die Diktatur des Proletariats ausführte: „In einem Bauerland wie Russland ist der Sprung zum Sozialismus unumgänglich,“ hält man jetzt an den Methoden des Verschwörerums und des Terrors fest.

Wie diese Methoden wirken, das möge man in der Schrift des Gen. Friedrich M. Mind „Räterußlands Rot“ nachlesen. Mind kam als begeisterter Räteruhänger nach Russland. Dank seiner Kenntnis der russischen Sprache durchschaute er die Kulispolitik der Sowjetbeamten und trat ihr energisch entgegen. Er erkannte die demokratisierenden Wirkungen der Parteidiktatur auf die Diktatoren und auf die, welche sich ihr anpaßten, wie der Dichter Max Barthel. Er sah mit Schrecken die Verklappung der Arbeiter, die über die ausländischen Vorgänge in gleicher Weise belogen wurden, wie die Arbeiter in Halle über den Stand der Märzaktion durch die Berliner Zentrale.

Es war selbstverständlich, daß der zu ehrliche Sozialist in die Fänge der außerordentlichen Kommission geriet, aus deren Krallen er durch die deutschen Kommunisten befreit werden mußte. Die Darlegungen Minds machen es verständlich, daß die Arbeiter von Tiflis jetzt durch einen Generalstreik die Befreiung einer Kommission zu erzwingen suchen, die vom dortigen Vorstehen der außerordentlichen Kommission verschleppt wurde, wobei dieser „Genosse“ die Stirn hatte zu behaupten, daß die Abordnung nie bei ihm gewesen sei. Wir verstehen daher den Heldenkampf des georgischen Proletariats: roh Befehle des Landes durch bolschewistisches Militär, roh des roten Terrors mit seinen unermeßlichen Leiden.

Es ist tragisch, daß Arbeitermassen wieder unter die Herrschaft solcher Verschwörer geraten mußten. Wir sind auch jetzt die Brüder dieser irreführten und gedemütigten Massen. Wir wenden uns voll Abscheu von jenen gewissenlosen Führern, sie sind Ausföge am Körper des Proletariats, die geistig isoliert werden müssen, um die Verführung der Arbeiterklasse zu hindern.

Wir lehnen die russischen Methoden ab, die zugleich die Methoden der Orgesch und der Mörderzentrale vom Edenhotel sind. Wir haben das Recht zur Kritik, nicht aber die Lubendorff und Bauer, die Stresmann und all die anderen Kriegshelden, die nach der Diktatur des Krieges heute zum Einzelterror und zur Putschstakel ihre Zuflucht nehmen.

Die neuesten Erfahrungen mit den Kommunisten erweisen endgültig, daß wir mit dieser Partei gemeinsam nicht arbeiten können, solange sie von Russland beherrscht wird. Wir müssen klar und offen den reaktionären Charakter des Bolschewismus erkennen und bekennen.

Wir müssen auch seine schädlichen Fernwirkungen beachten, die sich in der Stärkung der Weltreaktion zeigen. Es sei nur erinnert an die Zerrüttung der so hoffnungslos aufsteigenden sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten, die durch bolschewistische Propaganda heute zur bedeutungslosen Sekte herabgesunken ist. Die neueste Entwicklung hat wiederum Kautsky recht gegeben, der eher wie andere, ungeblendet durch Revolutionsromantik den Massen die Wahrheit sagte. Er schreibt am Schluß seiner Schrift:

Dieser in Theorie und Praxis ausgesprochene reaktionäre Charakter, der nicht in der Richtung zum Sozialismus, sondern von ihm wegführt, er ist es, der neben seiner Brutalität und seiner Herrschsucht immer weitere Kreise des Proletariats vom Bolschewismus abzieht. Dadurch wird bewirkt, daß er dahingehen wird, ohne etwas anderes zu hinterlassen als Ruinen und Mitleid.

Sollte der Bolschewismus lange genug am Ruder bleiben, ohne einzulernen, dann können wir es noch erleben, daß er Arm in Arm mit den Kapitalisten des Westens dem nach Freiheit ringenden Proletariat Russlands den Krieg erklärt. Dann wird sein Entwicklungsstadium vollendet sein.

Helfen wir dem hungernden russischen Volk! Helfen wir den eingekerkerten russischen Genossen, damit diese letzte Möglichkeit des Bolschewismus nicht zur Wirklichkeit werde und wiederum Marx über Bakunin triumphiert!

* Friedrich M. Mind: Räterußlands Rot, Ergebnisse und Erkenntnisse während meiner achmonatigen Forschungsreise in Sowjetrußland (September 1920 bis April 1921). Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin-Lichtenau 1921, 82 S.

Eine Erklärung der KPD-Zentrale.

Berlin, 20. November. Die Zentrale der KPD. erläßt in der roten Fahne eine Erklärung, in der sie die Veröffentlichungen des Vorwärts eine gradlinige Fortsetzung der Pogromhege der bürgerlichen Presse und sozialistischer Preschorgane nennt, die die Lebensmittelpländerungen wider besseres Wissen mit der kommunistischen Partei in Verbindung zu bringen suchen. Der Zweck der Pogromhege sei vollkommen klar, sie werde notwendig, um die sich bildende proletarische Einheitsfront zu zersprengen. Weiter wird in der Erklärung behauptet, durch die Erklärung Severings im Eclaird wie durch die Aussagen im Untersuchungsausschuß des preussischen Landtags stehe dokumentarisch fest, daß die ganzen Kämpfe durch eine planmäßige Provokation Coverings ausgelöst worden seien. Schließlich aber sagt die Erklärung, die Zentrale der KPD. habe mit vollkommener Offenheit festgestellt und stelle jetzt fest, daß in diesem aufgebrachten Wechselkampf vereinzelte Auffassungen zutage getreten sind, die veruchten, die Kampf Stimmung der Arbeiterklasse durch Akte individuellen Terrors oder durch Sabotageakte höher zu bringen. Es stehe fest, daß die Zentrale solche Auffassungen, soweit sie ihr während der Aktion bekannt geworden sind, streng von sich gewiesen und wo sie konnte, verhindert habe. Sie stelle fest, daß die Partei unmittelbar nach der ganzen Aktion in zwei Zentralaus-schüßungen beratige Akte individuellen Terrors grundsätzlich als unkommunistisch und der Arbeiterbewegung schädlich verworfen habe. Sie stelle gleichzeitig fest, daß die kommunistische Partei mit Abscheu von sich gewiesen hat und von sich weist, revolutionäre Kämpfer, die solche Irrtümer begangen haben, Justizrichtern der weißen Justiz auszuliefern.

Dabei ist festzuhalten, daß Eberlein der Provokateur von Halle und anderen Orten noch immer als Mitglied der kommunistischen Zentrale fungiert und daß auch in Jena durchaus nicht etwa der Geist eines Umschwunges zu verzeichnen gewesen ist. Der Jenaer Parteitag wandte sich vielmehr gegen alle Bestrebungen, die selbst von Moskau ausgingen, um diese Form des Kampfes einzuschränken. Jedenfalls befindet sich die rote Fahne sowie alle anderen kommunistischen Organe in äußerster Verlegenheit und alle die Reden von der Pogromhege gegen die kommunistische Partei sollen nur hinwegtäuschen über den wirklichen Stand der Dinge. Wir wenden uns gegen Pogrome jeder Art, mögen sie gegen Juden oder Kommunisten gerichtet sein, aber wir wenden uns mit ebensolcher Schärfe gegen Pogromtendenzen, die in geheimen Beratungszimmern der kommunistischen Partei gegen die gesamte deutsche Arbeiterklasse eingeleitet werden. Wir sind jederzeit für die Einheitsfront aller Arbeiter eingetreten, die Einheitsfront mit der kommunistischen Partei aber ist möglich erst dann, wenn sie sich auf den Boden der modernen Arbeiterbewegung zurückgefunden hat. Zu den verbrecherischen Maßnahmen Eberleins ist die Freiheit in andere, weiteres Beweismaterial zu erbringen. In einem Bericht des Kommunisten Richard Wegener aus Stettin, M. P.-Leiter von Mecklenburg und Pommern, heißt es:

Am Sonnabend, den 20., erhielt ich vom Genossen Eberlein den Auftrag, in Gegenwart von Weber die Entschlüsse, die in Stettin lagen und für Danzig bestimmt sind, in die Luft sprengen zu lassen.

Dr. Rathenau in London.

Berlin, 20. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der frühere Wiederaufbauminister Dr. Rathenau ist in London eingetroffen. Die durch das WTB. verbreitete Meldung, daß in seiner Begleitung Dr. Simons sei, ist falsch. Es handelt sich vielmehr um den Oberstleutnant Simon, der im Wiederaufbauministerium zu den engeren Mitarbeitern Rathenaus gehörte. Von Seiten der WTB. wird dem Berliner Lokalanzeiger über den Zweck der Londoner Reise Rathenaus mitgeteilt, daß Dr. Rathenau wegen wichtigen Angelegenheiten der WTB. in London sei und außerdem einer Aufforderung des Direktors der Bank von England Folge leistete, die schon vor längerer Zeit an ihn ergangen ist.

Vorbereitungen für die Sinnestellung der Eisenbahnen?

Berlin, 20. November. (TU.) Nachrichten aus parlamentarischen Kreisen zufolge ist im Reichsverkehrsministerium der erwartete Entwurf zur Liquidierung der Reichseisenbahnen fertiggestellt. Der Grundgedanke ist die Auflösung des Verkehrsministeriums aus dem allgemeinen Etat. Ferner wird geplant die Angliederung eines Generalrats an das Direktorium. In diesem Generalrat sollen die Reichsregierung, der Reichstag, die Eisenbahnbeamten und die Wirtschaft vertreten sein.

Das Opfer der Industrie.



Oh her! Das Spielzeug ist nichts für dich. Ich mein's gut mit dir. Kauf dir lieber was zu essen!

Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie.

Wien, 27. November. (Zitel.) Die Sonntagsagung des sozialdemokratischen Parteitagess eröffnete ein Referat Eberleins über die wirtschaftliche Lage und die Finanzpolitik der Republik, an das sich Ausführungen von Danneberg, Freundlich und Otto Bauer zum Steuerprogramm anschlossen. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: Angesichts der Geldentwertung, welche die Volkswirtschaft der Katastrophe aussetzt, haben die Organisationen der Arbeiterklasse beschlossen, einen Finanzplan auszuarbeiten. Es ist kein Programm einer sozialistischen Finanzpolitik, das unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen unausführbar wäre, sondern eine Reihe von Vorstößen, die im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft durchführbar sind, und die die Wirkung hätten, die Banknoteninflation, die Hauptursache der Geldentwertung, einzudämmen. Alle Organisationen der Arbeiterklasse Deutsch-Österreichs sind verpflichtet, diese Aktion in ihrem Wirkungsbereich tatkräftig zu unterstützen. Es wird gefordert: 1. Die Reallohn der Arbeiter und Angestellten dürfen durch den Abbau der Lebensmittelpreise, die die Regierung bisher geleistet hat, keine Verkürzung erfahren. 2. Die Entschädigung der Arbeiter und Angestellten für den gegenwärtig an ihre Kinder geleisteten Staatsausfluß zur Bewilligung der Lebensmittel ist durch eine im Anblich an die Krankenversicherung zu organisierende Kinderversicherung sicher zu stellen. 3. Für die Dauer der Unbeschäftigkeit des Geldverloren sind die staatlichen Lebensmittelverteilungsorganisationen unbedingt auszuweichen, um die Verteilung von Mindestrationen zu gewährleisten.

Zum fünften Punkt der Tagesordnung referierte Friedrich Adler. Er führte aus: Die Internationale Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien habe sich seit ihrem ersten Kongress konstituiert. Neue Parteien strömen uns zu. So hat sich jetzt in Polen eine USP. gebildet. Die Dritte Internationale hat es verstanden, ihren Einfluß auf die Massen ebenso rasch zu verlieren wie sie ihn gewonnen hatte. Wir sind eingetreten zwischen dem Reformismus der Zweiten und dem Sozialrevolutionismus der Dritten Internationale. Die Zweite Internationale hat demokratische Methoden, die Dritte neigt zum Putschismus. Was uns von der Dritten Internationale trennt, sind nicht Fragen der Taktik, sondern die Perspektive. Nicht alles, was die Dritte Internationale sagt, ist falsch, so wie nicht alles richtig ist was die Zweite Internationale sagt. Wir wollen eine allumfassende Internationale, einen Aktionsausschuß, einen Überbau, eine Aktionsgemeinschaft aller sozialistischen Parteien. Die Nationalistische Partei und die Sozialistische Partei Amerikas wollen dazwischen. Wir müssen uns aber gegen die Ungebild der Zweiten Internationale wenden. Wenn wir uns heute mit der Zweiten Internationale verbinden würden, so hätten wir damit nichts erreicht.

Nach einigen Ausführungen des Vertreters der sozialdemokratischen Jugend, Heina, die sich gegen die kommunistische Jugendinternationale wendete, und einer Ansprache des Vertreters der jugoslawischen Sozialisten, der im Sinne Adlers zur Frage der internationalen Stellung nimmt, besaß eine Entschlußnahme zur Annahme, welche den Beitritt der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-Österreichs zur Internationalen Arbeitergemeinschaft billigt.

Es folgt dann ein Referat Glückels über kulturelle Fragen und die Neuwahlen des Parteivorstandes. In den Reihen vorstehend werden gewählt: Adler, Bauer, Eberlein, Ellenbogen, Renner, Reumann, Seitz, Szarek.

Um 6 Uhr nachmittags wird der Parteitag von Seitz für beendet erklärt.

Das Referat Otto Bauers.

In einer groß angelegten Rede kennzeichnete Genosse Otto Bauer am vergangenen Sonnabend auf dem österreichischen Parteitag die derzeitige internationale politische Lage im allgemeinen und die des deutsch-österreichischen Proletariats im besonderen.

Ausführlich legte er die Gründe dar, die am Tage nach der Revolution das österreichische Proletariat bestimmten, gemeinsam mit bürgerlichen in die Regierung einzutreten. Damals wäre das Bürgerium demart geschwächt gewesen, daß es den österreichischen Sozialisten verhältnismäßig leicht gelang, ihm wertvolle Errungenschaften für das Proletariat abzugewinnen, Errungenschaften, die sich hauptsächlich auf die Verankerung der Macht des Proletariats bezogen. So sei es vor allem möglich gewesen, weitgehenden Einfluß auf die Bildung der Wehrmacht zu gewinnen und diese zu einer für immer untauglichen Waffe des Bürgeriums gegen das Proletariat zu machen. Aber als weitere Zugeständnisse von der Bourgeoisie nicht mehr durchzusetzen gewesen wären, da deren Machtbewußtsein, unterteilt durch die rückläufige internationale Bewegung, wieder angewachsen war und auf der andern Seite an eine Übernahme der Regierungsmacht durch das Proletariat allein in Anbetracht der internationalen Bindungen Deutsch-Österreichs nicht gedacht werden konnte, habe die österreichische sozialdemokratische Partei dem Bürgerium erklärt: „So jetzt regiert wieder allein.“ Dieser Abtritt in die Opposition sei eine geschichtliche Notwendigkeit gewesen.

Nach diesem geschichtlichen Rückblick fuhr Genosse Bauer, dem Bericht der Wiener Arbeiter-Zeitung zufolge, fort:

„Die Bourgeoisie hat freilich in diesem ganzen Jahre keine Freude daran gehabt, allein zu regieren (Heiterkeit und Zustimmung), und es ist kein Tag vergangen, an dem sie uns nicht freundlich eingeladen hätte, uns doch wieder mit ihr zusammenzusetzen. Je schwieriger die wirtschaftliche Lage des Landes wird, desto dringender dürften diese Einladungen werden. Auf der andern Seite wäre es eine Heuchelei, zu leugnen, daß wir auch innerhalb der Arbeiterklasse im letzten halben Jahre gelegentlich andere Stimmen gehört haben als früher (lebhaft Zustimmung) und daß oft dieselben Genossen, die in der zweiten Periode der Koalition die beständigsten Koalitionsgegner gewesen sind, uns jetzt plötzlich wieder in die Koalition hineindrängen möchten. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist nun meine feste Überzeugung, daß wir uns in die Koalition weder von der Bourgeoisie hineindrängen noch von irgendwelchen proletarischen Hineindrängen lassen dürfen. (Lebhafte Zustimmung.) Wie steht denn die Lage heute? Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn das Proletariat lange Zeit imstande gewesen ist, bei sinkendem Geldwerte seine Lebenshaltung zu verbessern, heute, im letzten Halbjahr mindestens, am zweifelhaft schon eine Verschlechterung der Lebenshaltung des Proletariats eingetreten ist (lebhaft Zustimmung), und daß, wenn die Geldentwertung in diesem Maße fortschreitet, diese Verschlechterung höchst empfindlich zu werden droht. Das ist es, was viele von unsern Parteigenossen meinen: wir gehen der furchtbaren Katastrophe entgegen, es wird alles zusammenbrechen, die Krone wird gar nichts mehr wert sein, wir müssen verhindern, daß das Proletariat in ein solches Elend gerät, und deswegen selbst eingreifen, damit das verhindert wird; die Bourgeoisie tritt ein, sie ist unfähig dazu — machen wir es selbst, greifen wir wieder zur Macht. Ich glaube aber, daß solche Gedankengänge auf einer falschen Vorstellung dessen beruhen, was dadurch, daß wir nach der Regierungsgewalt griffen, heute bewirkt werden könnte. Man hat nicht dann Macht, wenn man in der Regierung sitzt, sondern für uns ist es gerade umgekehrt: man darf sich nur in die Regierung setzen,

wenn man dann auch die Macht hat, das zu tun, was notwendig ist. Heute aber, wo der internationale Kapitalismus das Proletariat in die Defensive gedrängt hat, heute, wo infolge dessen der heimischen wirtschaftlichen Entwicklung das Selbstbewußtsein der Bourgeoisie unermesslich stärker ist als es damals war, heute, wo sie sich nicht nur nicht zu regieren imstande ist, würden wir in der Koalition nicht solche Zugeständnisse durchsetzen können wie damals, heute würden wir es mit einem viel widerpassigeren, viel härteren Gegner als dem sozialdemokratischen Parteitag zu tun haben, und deswegen wäre die Koalition für das Proletariat nicht sichtbar. Deswegen wäre es nicht Macht, sondern nur Schein von Macht, wenn wir in eine Koalition gingen.“ (Lebhafte Zustimmung.)

Eine im Sinne dieses Referates gefasste und von Bauer vorgelegte Resolution wurde vom Parteitag einstimmig angenommen. Wir geben daraus folgende Abschnitte wieder:

Die Revolution von 1918 hat die Machtstellung des ökonomischen Proletariats in den Fabriken und auf den Gutshöfen, in den Verkehrsbetrieben und in den Kasernen gewaltig gestärkt. Ist die Vertretung des Proletariats eine Minderheit im Parlament, so verfügt das Proletariat doch über außerparlamentarische Machtmittel, die hinreichen, jede bürgerliche Regierung zu stürzen.

Aber der gewaltsame Sturz der bürgerlichen Regierung würde eine Periode des Bürgerkrieges, der wirtschaftlichen Zerstörung und der internationalen Verwickelungen einleiten, die, solange die Macht des Kapitalismus rings um Deutsch-Oesterreich nicht gebrochen ist, nur zur Konterrevolution führen könnte. Das Proletariat kann sich daher im politischen Kampfstamp weder der außerparlamentarischen Gewaltmittel, des politischen Massenstreiks und des bewaffneten Aufstandes bedienen, noch kann es das Parlament der Republik durch seine Obstruktion zerstören. Es muß sich in der Regel mit den normalen Kampfsmitteln einer parlamentarischen Opposition bescheiden.

Nur wenn die Bourgeoisie durch einen Angriff auf die Republik selbst oder auf die entscheidenden Machtpositionen des Proletariats innerhalb der Republik das Proletariat zum Kampfe auf Leben und Tod zwänge, müßte das Proletariat von allen seinen parlamentarischen und außerparlamentarischen Gewaltmitteln vollen Gebrauch machen.

Ein anderer Teil der Resolution betont, daß sich die Macht der Bourgeoisie vor allem auf die agrarischen Länder stütze und erklärt, daß die Selbstherrlichkeit der Bundesländer die Festungsbildung in der sich die Bourgeoisie gegen den unter dem Druck des Proletariats stehenden Bund verschafft habe. Es sei darum notwendig, die Einheitsfront des Proletariats gegen die aufsteigenden Einflüsse der Länderautonomie zu stärken.

Der Schlussabschnitt der Bauernischen Resolution lautet: „Daß sich der internationale Kapitalismus des Aufstieges des Proletariats in den Jahren 1918 und 1919 erwehrt, so kündigen doch die schwere internationale Wirtschaftskrise, die drohende Krise des Reparationsabkommens zwischen der Entente und Deutschland und die Forderung aller nationalen und sozialen Gegensätze in der neuen kapitalistischen Welt neue schwere Erschütterungen des kapitalistischen Herrschaftssystems an.“

Unmittelbar nach als die andern kapitalistischen Staaten ist Deutsch-Oesterreich von diesen Erschütterungen bedroht. Hat die Geldwertverfall in den Jahren 1919 und 1920 die Weeberhaltung des kapitalistischen Handels ermöglicht, so droht die weiter fortschreitende Geldentwertung schließlich zur völligen Wertverfallung des heimischen Geldes und damit zur Wirtschaftskatastrophe und zur Hungerkatastrophe zu führen. Nur mit den heroischsten Mitteln kann es noch gelingen, der Zerstörung des Geldwertes Einhalt zu bieten. Aber gerade wenn das gelinnet, wird auch Deutsch-Oesterreich von der internationalen Abwärtsphase erfasst werden, vor deren Wirkungen es bisher durch die Geldentwertung bewahrt geblieben ist.

In jedem Falle wird die bürgerliche Reaktion, deren Hände durch die Sonderinteressen des Kapitals gebunden sind, die ökonomischen Probleme des Landes nicht zu meistern vermögen. In dem Maße, als sich ihre Unfähigkeit dazu entthüllt, wenden sich die Zwischenschichten der Gesellschaft, die sich bisher der Führung der Bourgeoisie anvertraut haben, von ihr ab. In demselben Maße wird es möglich, immer breitere Massen des arbeitenden Volkes in den Städten und auf dem Lande um das industrielle Proletariat zu scharen.

So schafft allmählich die Entwicklung des internationalen und des heimischen Kapitalismus die Voraussetzungen für die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

Indem das Proletariat einerseits die Republik und damit seine durch die November-Revolution 1918 erworbenen Machtmittel stützt und verteidigt; indem es andererseits die Bourgeoisie regiert, die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems und seiner politischen Vertretung, das ökonomische Gleichgewicht wieder herzustellen, sich entthüllt, ist herbeigeführt es am wirksamsten die Eroberung der politischen Macht vor.

Sitzung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten.

Im Reichstage trat Montagvormittag der Auswärtige Ausschuss unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Stresemann zusammen. Die Sitzung wurde für vertraulich erklärt. Wie die Zeitung erzählt, wurden die Fragen des Memel-Landes und des Mark-Abkommens mit Belpsin besprochen. Vom Vorsitzenden wurde betont, daß bei der Führung von Verhandlungen über das belarussisch-deutsche Mark-Abkommen Gelegenheit gegeben werden müsse, dazu Stellung zu nehmen. Dann folgte die Beratung über die Verhältnisse des Memel-Landes. Nach dem Friedensvertrage ist dem Deutschen Reich eine Beteiligung in der Memel-Kraue versagt. Von allen Bedenken wurde aber dem Wunsch nach Erhaltung des deutschen Charakters des Memel-Landes Ausdruck gegeben. Weiter erfolgte die Besprechung der allgemeinen außenpolitischen Lage. Der Reichskanzler sprach nicht in zusammenfassender Rede, sondern beantwortete nur von Fall zu Fall die Fragen der Mitglieder des Ausschusses und beteiligte sich an der Diskussion.

Bayrische Koalitionsschmerzen.

München, 29. November. (Eigene Drahtmeldung.) Zu einer Neufassung der Süddeutschen Demokratischen Korrespondenz über die Absicht einer Erweiterung der bayrischen Regierungskoalition nach rechts schreibt die Augsburger Ordon der Bayerischen Volkspartei, die Augsburger Volkszeitung: „Man kann diese Auffassung vom Standpunkt der Demokraten aus verstehen. Wie anzunehmen ist, wird auch ein Teil des Bauernbundes der gleichen Meinung sein. Was die Bayerische Volkspartei betrifft, so fehlt es auch in dieser nicht an Stimmen, die schwere Bedenken gegen die Wiedereinbeziehung der bayrischen Mittelpartei haben. Andre wieder halten eine Erweiterung der Koalition für durchaus notwendig. Darüber wird ja zu gegebener Zeit die Fraktion zu entscheiden haben. Wichtig ist allerdings, daß die bayrische Mittelpartei an Sympathien in der Bayerischen Volkspartei wesentlich eingebüßt hat infolge der mehr als zweifelhaften Rolle, die der Justizminister Dr. Roth und andre Mitglieder der Mittelpartei während der letzten Ministerkrisis gespielt haben. Die Einstellung ihrer ganzen parlamentarischen Taktik auf die Förderung der Parteinteressen hat in der Bayerischen Volkspartei manchem die Augen geöffnet. Sollte gar die bayrische Mittelpartei darauf bestehen, daß Herr Dr. Roth wieder als Justizminister in das Kabinett zurückkehrt, was wir aber für unwahrscheinlich halten, dann ist die Koalitionskrise fertig und man müßte sich die Frage vorlegen, ob der Ausschluß der Mittelpartei von zwei Hebeln nicht das Kleinere ist.“

Verbot zweier Blätter der KPD.

Von zuständiger Stelle wird der Dena mitgeteilt: Der preussische Minister des Innern, Seegering, hat das Erscheinen der kommunistischen Arbeiter-Zeitung, Berlin, für eine Woche mit folgender Begründung verboten: „Die Nr. 249 der kommunistischen Arbeiter-Zeitung enthält einen Aufruf an die „Proletarier“, in

dem sich u. a. folgende Stellen befinden: „Zerschlagt alles, was euch im Wege steht! ... Zerschlagt die Gewerkschaften und die bürgerlichen Staat, die demokratische Republik! Durchbrecht das Gesetz des kapitalistischen Privateigentums! ... Erstickt den Käsehaat des revolutionären Proletariats. Handelt nach dem Gesetz des proletarischen Gemeindeeigentums! Es geht um Leben oder Tod. Das Ende des Privateigentums ist der Tod der Bourgeoisie! Der Tod der Bourgeoisie ist das Leben des Proletariats! Auf zum letzten Gefecht! Kommunisten vor die Front! Es lebe die Diktatur des Proletariats! Es lebe die Weltrevolution!“

Da in diesem Aufruf die Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze und zur gewaltsamen Beseitigung der Reichsverfassung enthalten ist, erfolgte das Verbot auf Grund der §§ 1 und 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September 1921. Wegen Abdruck des gleichen Aufrufs ist auch die Wochenzeitschrift, Der Kampf für zwei Wochen verboten worden. Außerdem sind Strafverfahren wegen Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten eingeleitet worden.

Kommunistenverhaftung in München.

Wie das Münchner Kommunistenorgan mitteilt, ist der kommunistische Parteiangestellte Opitz in seiner Wohnung verhaftet, die Parteibücher durchsucht und ein Geldbetrag von 2000 Mark beschlagnahmt worden.

Das Ergebnis der Landtagswahlen in Hessen.

Darmstadt, 28. November. (M. T. B.) Nach dem vorläufigen Gesamtergebnis der hessischen Landtagswahlen wurden insgesamt 452081 Stimmen abgegeben. Davon erhielten die Sozialdemokraten 148579 (bei den Wahlen 1919: 273488), die Hessische Volkspartei (Deutschnationale Volkspartei) 24008 (45785), Deutsche Volkspartei 68908 (62072), Hessischer Bauernbund 64301 (keine), Demokratische Partei 33860 (116252), Zentrum 78914 (108539), USP. 15797 (9077), Kommunisten 18784 (keine). Die übrigen Stimmen sind zerstückelt.

Die Mandate verteilen sich wie folgt: Sozialdemokraten 23 Sitze (bisher 31), Deutschnationale Volkspartei 4 (bisher 5), Deutsche Volkspartei 11 (7), Hessischer Bauernbund 10 (keiner), Demokratische Partei 5 (13), Zentrum 12 (13), USP. 2 (1), Kommunisten 3 (keiner).

Danach verfügen die drei Koalitionsparteien über eine Mehrheit von 10 Stimmen; sie haben 40 Mandate gegenüber 30 der anderen Parteien erhalten. Ueberraschend ist das Ergebnis insoweit, als der Bauernbund, der bisher nicht vertreten war, 10 Mandate erhalten hat. Die Wahlbeteiligung war im allgemeinen gering.

Die Festsitzung der deutsch-polnischen Grenze.

Posen, 28. November. (M. T. B.) Das Posener Blatt Glos Posanum veröffentlicht eine Unterredung mit dem Grafen Szebel, dem Vorsitzenden der polnischen Delegation in der deutsch-polnischen Grenzfestsetzungskommission. Graf Szebel sagte: Gegenwärtig gehen die Arbeiten in der Weise vor sich, daß man keine festen, sondern lediglich provisorische Grenzlinien festsetzt. Das Terrain wird bei Beendigung der Tätigkeit der Kommission von den polnischen und deutschen Truppen besetzt werden. Die Bewegung erfolgt aber erst nach Beendigung der Wirtschaftsverhandlungen zwischen Polen und Deutschland. Die Tätigkeit der Grenzfestsetzungskommission wird in Oberschlesien, wie wir hoffen bis zum 1. Januar 1922 beendet sein. Ausbann werden die Truppen entsprechend dem Beschluß des Volksrates das Gebiet vier Wochen später besetzen. Dann erst wird die definitive Grenzfestlegung mit Grenzspähern versehen. Hinsichtlich der Grenze zwischen Groß-Polen und Westpreußen sind von den 10 Abschnitten, in die die Grenzlinie eingeteilt worden ist, schon jetzt sechs der polnischen bzw. deutschen Behörden überwiesen worden. Die restlichen vier werden wahrscheinlich ebenfalls am 1. Januar 1922 überwiesen werden. Von den fünf Abschnitten an der ostpreussischen Grenze ist einer, und zwar der von der polnisch-litauischen Grenze bis Dzialdow, den betreffenden Verwaltungsbehörden bereits zugewiesen worden. Drei Abschnitte von Dzialdow bis zum rechten Ufer der Weichsel werden zu Neujahr überwiesen und der Rest vom rechten Weichselufer bis zur Grenze der Freien Stadt Danzig im Frühjahr. Wenn nicht unvorhergesehene Störungen eintreten, kann man annehmen, daß die gesamten Arbeiten der deutsch-polnischen Grenzkommission im Sommer 1922 endgültig erledigt sein werden.

Stellung der USP. zur Autonomie Oberschlesiens.

Gleiwitz, 29. November. (M. T. B.) Der ober-schlesische Bezirksparteitag der USP. beschloß, eine Kommission zu bilden, die in Wahrnehmung der von der Partei vertretenen Arbeiterinteressen mit der deutsch-polnischen Grenzfestsetzungskommission in Verbindung treten soll, um den Unterkommissionen Mitglieder der Partei als Sachverständige zuzuführen. — Bezüglich der Autonomiefrage führte der Vorsitzende Rau aus, daß die USP. Oberschlesiens an einer staatlichen oder an einer provinziellen Autonomie kein Interesse habe. Die Partei propagiere die Konzentration des Staates und die Zusammenfassung aller Kräfte. Eine andre Frage sei die der Einteilung des Staates in Wirtschaftsbezirke, die durchaus annehmbar sei. Der Parteitag billigte diese Stellungnahme.

Rücktritt des deutschen Botschafters in London?

Paris, 28. November. (M. T. B.) Der Berliner Korrespondent des „Journal“ drahtet: Aus Regierungskreisen verlautet, daß der deutsche Botschafter in London Dr. Stamer, im Begriff stünde, sein Rücktrittsgesuch einzureichen. Die Berliner Regierung sei der Auffassung, Dr. Stamer habe in seiner diplomatischen Mission vollständig versagt, seine Erziehung durch eine andere Persönlichkeit liege daher im Interesse des Landes.

Die Hundertschaft z. b. V. vor Gericht.

Zu Beginn der Verhandlungen am Sonnabend teilte der Vorsitzende mit, daß der Prozeß noch mindestens vier Verhandlungstage dauern würde. Es wurde dann in der Beweisaufnahme fortgefahren. Ein Zeuge, der über den Leumund des Buchholz befragt wurde und den Standpunkt vertrat, daß wegen Veruntreuungen Buchholz sich das Leben genommen habe, wurde von der Staatsanwaltschaft darauf aufmerksam gemacht, daß seine Aussagen ziemlich unvorsichtig seien, da er nicht wisse, ob Buchholz die Beträge, die er angeblich nicht ausgehahlt habe, überhaupt erhalten hätte. Der Vorsitzende hatte an der Aussage dieses Zeugen nichts auszusuchen. Als ein Geschworener den Zeugen befragt, für was er damals die Beträge erhalten sollte, verweigert der Zeuge die Aussage. Von dem Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß der Polizeipräsident sämtlichen Beamten die Genehmigung zur Aussage erteilt habe, schloß sich der Zeuge zu der Bekundung veranlaßt, daß es sich damals um Gelder für die Beobachtung eines Professors im Grunewald gehandelt habe. Dieser Herr hätte sehr gefährlich werden können. — Staatsanwalt: Weshalb wurde der Professor beobachtet? — Zeuge: Es bestand der Verdacht, daß dieser Herr mit der Notiz Fälschung in Verbindung stehe und dieser Zeitung Material liefere. Den Auftrag zur Beobachtung des Herrn erteilte ein Offizier der Hundertschaft.

Frau Buchholz, die nun nochmals aufgerufen wurde, teilt u. a. mit, daß ihr Mann ihr eines Abends erklärt hätte, er müsse

sofort nach Königsberg fahren, um mit einem Wagon unter jöcher Deklaration Wohnung nach dem Baltikum zu bringen. Ihr Mann habe sich damals Mitgliedschaften der Deutschnationalen Volkspartei beschafft, da der Inhalt des Waggons angeblich aus deutschnationalen Flugblättern bestehen solle. Außerdem habe ihr Mann eine größere Geldsumme erhalten, um die Bahnbeamten zu bestechen. — Ein Schupobeamter erklärt, daß im November 1919 im Auftrage der Abteilung Ia eine Sipo-Abteilung zum Grenzschutz nach dem Baltikum transportiert worden sei. Von einem Geldsumme nach dem Baltikum sei ihm jedoch nichts bekannt.

Zeugin Frau Scheffler, die Schwester des toten Buchholz, erzählt in großer Aufregung ihre Erlebnisse nach dem Tode ihres Bruders. Der Inspektor des Reichsanwaltschafts habe, nachdem er die Leiche eingehend untersucht hatte, ihr erklärt, daß Buchholz keinen Selbstmord begangen hätte, sondern erschossen worden sei. Leutnant Enderlein und vier Schupobeamte hätten in einem Gespräch mit ihr ebenfalls die Möglichkeit eines Mordes zugegeben. — Der Bruder des Buchholz ergänzt die Aussagen seiner Schwester und teilt bezüglich des Frank-Helbing mit, daß dieser ihm erklärt habe, nicht mehr in der Verbrechen-Hundertschaft bleiben zu wollen. Helbing habe auf einem Zettel den Namen Hindersich geschrieben, weil er auf diesen Verdacht hatte. Auch dieser Zeuge erklärt, daß Leutnant Enderlein sich geäußert habe, daß er nicht an einen Selbstmord glaube. Der aufgerufene Zeuge Enderlein bestreitet, diese Äußerung getan zu haben. Die beiden Zeugen bleiben jedoch mit aller Bestimmtheit bei ihrer Aussage.

Nach der Mittagspause wird unter allgemeiner Spannung der bereits erwähnte Zeuge Helbing aus Breslau vernommen. Der Vorsitzende warnt den Zeugen eindringlich vor einem Meineid. Wenn er früher über den Tod von Buchholz Unwahrheiten gesagt habe, so müsse er heute die Wahrheit sagen. Bei der Personalvernehmung sagt der Zeuge aus, daß er aus der Hundertschaft ausgeschieden sei, um sich zu verbessern. (Oberleutnant Walfisch hat am Vorlage unter seinem Eide ausgesagt, daß Helbing aus der Hundertschaft entlassen worden sei wegen Unregelmäßigkeiten, die er sich zuschulden habe kommen lassen. D. Red.) Als der Schuß auf Buchholz, mit dem er sich kurz vorher beim Freisour unterhalten habe, fiel, sei er noch beim Freisour gewesen. Erren sei kurz darauf im Parterre der Kaserne herumgelaufen und habe nach einem Sanitäter gefurten, da ein Unglück passiert wäre. Wie Buchholz ums Leben gekommen sei, wisse er nicht. Hauptmann Steunnes habe ihn nicht nach Oberschlesien geschickt, sondern er sei freiwillig dahingegangen. Ob er mit Angehörigen des Buchholz über den Tod desselben gesprochen habe, könne er sich nicht mehr erinnern. Bei der nunmehr folgenden Gegenüberstellung der Angehörigen des Ermordeten erkennt derselbe die Zeugen wieder und gibt die Möglichkeit einer Unterhaltung zu. Der Zeuge bestreitet, den Angehörigen des Buchholz erzählt zu haben, daß er gesehen hätte, wie Buchholz erschossen worden wäre. Die Zeugen müßten sich verhalten haben. Als der Vorsitzende ihm die Erzählung, die er mit dem Zeugen Wöhr gehabt habe, vorhält, veranlaßt Helbing zu der Bemerkung, daß er solche Märchen nicht erzählt habe.

Auf die eindringlichen Fragen des Vorsitzenden, ob er vor seiner Vernehmung sich mit irgend jemand oder seinen Kameraden über den Fall Buchholz unterhalten habe, antwortete der Zeuge: Nein. — Staatsanwalt: Sind Sie dem Zeugen Wöhr als Leutnant Frank vorgestellt worden oder haben Sie Papiere auf den Namen Frank gesehen? — Zeuge: Nein. — Staatsanwalt: Haben Sie Herrn Wöhr Kriegsmaterial zum Kauf angeboten? — Zeuge: Darüber verweigere ich die Aussage. — Es wird eine Gegenüberstellung des Helbing mit dem Zeugen Wöhr auf Beschluß des Gerichts am Montag stattfinden.

Zeuge Hans Kobald befindet, daß er die Ueberzeugung hatte, wenn Buchholz Unterschlupfungen beantragen sollte, er werde nicht allein begangen hätte. Der Oberwachmeister Lehmann sei sehr leichtsinnig mit den Geldern umgegangen und habe ihm einige Tage vor der Abrechnung gesagt, er, der Zeuge, solle die Abrechnung gut machen, damit sie beide auf den Topf kämen. Der Ueberblick sollte geteilt werden. Der Zeuge hat über diese Ausführungen des Lehmann dem Leutnant Enderlein Mitteilung gemacht. Buchholz habe am Tage seines Todes sehr intensiv gearbeitet und habe nach Schluß der Geschäftstzeit ihn gefragt, ob er mit ihm ausgehen wolle. Zu Starkebaum habe Buchholz gesagt, wenn er mündlos gemacht würde, dann nehme die ganze Sache durch die Presse. Starkebaum sagte zu Buchholz, wenn er denke, daß etwas gegen ihn unternommen würde, solle er sich doch in Schutzhaft nehmen lassen. Der Zeuge sagt weiter aus, daß er dem Leutnant Enderlein gesagt habe, die Untersuchung wegen der Unterschlupfsangelegenheiten werde sehr einseitig geführt. Buchholz schloß nie ohne Pistole unter dem Kopfkissen, weil er befürchtete, daß man ihm etwas antun wolle.

Nach dem Schuß auf Buchholz im Zimmer 30 sah der Zeuge Silleman, daß Erren aus dem Zimmer 30 heraustrat, er sah aber auch, daß sich jemand aus dem Zimmer 33 rasch entfernte. Die beiden Zimmer sind durch eine Tür miteinander verbunden und seit der Mordtat steht der Schlüssel zu dieser Tür, so daß ein neues Schloß angebracht werden mußte. — Der Zeuge Kobald erzählt seine Aussagen und teilt mit, daß Starkebaum ständig von einem Zeitschriftenverleger verfolgt worden wäre, denn sämtliche Leute, die auf dem Geschäftszimmer des Buchholz arbeiteten, standen unter dem Verdacht, mit der Notiz Fälschung in Verbindung zu stehen. Starkebaum habe ihm gegenüber des weitern erklärt, daß er auch nach dem eventl. Tode des Buchholz unter Eid aussagen würde, daß Oberwachmeister Lehmann Kleidergelder empfangen und unterschlagen habe.

Nach der Vernehmung des Wachmeisters v. Schmehling, der aussagt, daß der Revolver, aus dem tödliche Schuß auf Buchholz fiel, nicht der Revolver des Buchholz sei, wird die Verhandlung auf Montag vertagt.

Der Stand der Waisa.

Ämtliche Mittagskurse.

Es kosteten in Berlin	1.7.14	26.11.21	28.11.21
1 amerikanischer Dollar	4.12	202.70	274.22
1 englischer Pfund Sterling	20.43	1177.80	1093.90
100 holländische Gulden	169.00	10589.40	9790.20
100 schwedische Kronen	112.50	6005.05	6168.50
100 Schweizer Franken	81.00	5584.40	5214.75
100 französische Franken	81.00	2017.95	1918.05
100 belgische Franken	81.00	1905.55	1803.15
100 italienische Lire	81.00	1173.80	1228.80
100 deutsch-österreich. Kronen	85.00	9.08	8.73
100 tschech.-slowakische Kronen	—	378.65	287.70
100 ungarische Kronen	—	33.04	32.45

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Rechner in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Weller, Borsdorf-Beipatz. Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

MODELLHAUS JORDAN & CO
LEIPZIG-PEIERSSTR. 28
leistungsfähiges Spezialhaus für Herrenmoderwaren, Handschuhe, Strümpfe

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.



Urbin
 dir sag' ich ewig Dank
 denn du machst alle Stiefel blank

In Dosen aller Größen überall erhältlich
 Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg

Fabriklager Zeigehaus Neumarkt 18
 Vertreter: Kurt Prüfer. Fernsprecher 15 815.

Volksspiel-Bund. Allen, Süden, Zentrum, Norden.
 Heute 7 Uhr Volkshaus, Massenprobe. Erscheinen aller Pflicht.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Leipzig.

Geschirrführer und Kraftfahrer in Fabrik- und Baubetrieben. Donnerstag, den 1. Dezember, abends 7 Uhr: **Wichtige Versammlung** im Volkshaus (Nebenaal rechts). Die Sektionsleitung.

Groß- und Einzelhandel mit Einschluß des Holz- und Eisengroßhandels. Donnerstag, den 1. Dezember, abends 7 Uhr: **Wichtige Versammlung** im Pantheon, Dresdner Straße. Verbandsbuch ist vorzusetzen. Die Sektionsleitung. Ausschneiden und im Betrieb sirkulieren lassen.

Glaser!

Donnerstag, den 1. Dezember, abends 5 Uhr, im Volkshaus (Gartenaal).

Versammlung

Tagesordnung:
 Unsere Lohnbewegung.

Kollegen, erscheint alle in dieser Versammlung. Die enorme Teuerung zwingt uns zum geschlossenen Handeln, darum ist es eure Pflicht zu kommen. Die Verwaltung.

Metallarbeiter

Verband
 Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der Besuche entliehen werden. Die Verwaltung.

Tertillbranche. Sämtliche Handwerker! Mittwoch, den 30. November, abends 7 Uhr, im Volkshaus: **Versammlung.** Tagesordnung: Bericht der Kommission.

Elektromonteur. Freitag, den 2. Dezember, abends 7 Uhr: **Versammlung** im Volkshaus. Tagesordnung: Unsere Lohnbewegung.

Schmiede. Mittwoch, den 7. Dezember, abends 7 Uhr, im Volkshaus: **Große öffentliche Versammlung.** Referent: Kollege Rudroff (Nürnberg). Die Kesselschmiede sind hierzu besonders eingeladen. Die Branchenleitung.

Konsum- u. Spargenossenschaft für Wurzeln u. Umg.
 Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Die am 21. November stattgefundene Sitzung des Vorstandes und Aufsichtsrats setzte den festen Rabatt für das 3. laufende Geschäftsjahr auf 3/0 fest.
 M. Ruckdäschel. R. Holler.

Wichtige Neuerscheinung für alle Lohn- und Gehaltsempfänger
Die Einkommensteuer vom Arbeitslohn

Auf der neuesten gesetzlichen Grundlage dargestellt und erläutert von **Wilhelm Keil**
 Vierte verbesserte Auflage
 Preis Mark 2.50
 Zu beziehen durch die **Leipziger Buchdruckerei Wittengesehellschaft**
 Abteilung Buchhandlung, Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 und durch die Filialen der Volksgelung.

Einladung
 zur **General-Versammlung**
 der **Theatergemeinde Leipziger Schauspielhaus**

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
 am Sonntag, dem 4. Dezember 1921, vormittags 11 Uhr
 im Schauspielhaus zu Leipzig, Sophienstraße 17/19.

- Tagesordnung:
 1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
 2. Bericht des Aufsichtsrates und der Revisoren.
 3. Vorlage und Genehmigung der Bilanz.
 4. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
 5. Beschlufnahme über die Verteilung des Verlustes (Vorschlag des Aufsichtsrates: Vortrag des Verlustes).
 6. Neuwahlen zum Aufsichtsrat.
 7. Anträge: a) Antrag Keller: Verlustverteilung betr. b) Antrag Schumann: Spielplan, Künstler- und Theater-Auswahl. c) Antrag Göpner: Spielplan. d) Antrag Schübe: Verlustverteilung.

Anträge, die in der Generalversammlung noch zur Verhandlung kommen sollen, müssen bis spätestens 29. November 1921 beim Vorsitzenden, Herrn Curt Dröber, Wödem, Thielestraße 18, eingegangen sein.
 Zutritt zur Generalversammlung erhalten nur Mitglieder der Theatergemeinde, die bis spätestens 20. November 1921 im Bureau der Theatergemeinde gegen Vorzeigung des Anteilsscheines eine Eintrittskarte in Empfang genommen haben.
 Leipzig, den 12. November 1921.
 Der Aufsichtsrat der Theatergemeinde Leipziger Schauspielhaus, E.G. m. b. H. Curt Dröber, 1. Vorsitzender.

Der Jahresabschluss der Theatergemeinde liegt im Bureau der Theatergemeinde, Sophienstraße 17/19, Portal rechts, zur Einsichtnahme für die Mitglieder aus.



Henko
 Henkel's Wasch-
 Bleich-Soda

unentbehrlich für Wäsche und Hausputz
 Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Preis das Paket Mark 2.50.

Pickel, Sommersprossen,
 Hautunreinigkeiten usw. werden schmerzlos, unmerkbar für die Umgebung abgeköpft durch **echte Vater-Philipp-Schäufel**, danach kommt onmutige junge zarte Haut zum Vorschein. A 12 Mt. vom Laboratorium Dresden-Friedrichs-Str. 142. Verkaufsstelle **Prohms Flora-Drogerie**, Petersstraße, und **Engel-Apothek**, Markt.

Sieben in unserem Verlage erschienen:
DER ROBINSON
DER ROBINSONS
 VON PAUL MICHAELIS

Eine humoristisch-sozialistische Erzählung für die Arbeiter- und Fortbildungsschuljugend
 Preis gebunden 4 Mark
 48 Seiten Text

Leipziger Buchdruckerei A G.
 Tauchaer Strasse 19/21. — Abteil. Buchhandlung.
 Alle Austräger und Filialen der Volksgelung nehmen Bestellungen entgegen.

Nehmen Sie anstelle teurer Eier

Dr. Oetker's
Milch-Eiweiß-Pulver
 mit Triebzusatz
 Nahrungsmittelgebrauchsfähig wie
 2-3 Eier
 für Pfannkuchen, Klöße, Kuchen, Torten.
 Man verlange Rezeptbuch C in den Geschäften oder von Dr. A. Oetker, Bielefeld

Billige Herren-Garderobe
Großer Gelegenheitskauf
 für Herren, Jünglinge und Knaben. Teilweise weit unter heutigem Preis! Habe einen großen Restposten neuo Schlüpfer / Ulster / Paletots / Anzüge Cutaways / Hosen / Winter-Joppen aufgekauft und verkaufe diese einzeln auffallend billig.
Konfirmanden-Anzüge
 Bitte um Besichtigung, ohne Kaufzwang!
J. Kindermann Neumarkt 1, I. Et. **Kein Laden..**
 Seit 41 Jahren bestehend.



Walter Fritzsche
 Leipzig, Karprinzenstr. 22.
 "Nicht ohne mich ist willkommen, nur mit mir ist es die sichere Hoffnung von Fritzsche!"

Trauringe massiv Gold
Gustav Kaniss
 Tauchaer Str. 6. 1°

Bruchfranke
 können ohne Operation geheilt werden. Langi ererbte Methode. Sprechst. in Leipzig. Hotel Derzog Ernst Querstr. 38. Sonnabend, 3. Dez. von 9 bis 1 Uhr. Spezialrat Dr. med. Coleman, Berlin W 35

Haut-, Geschlechts- u. Hornleib., vort. nern. Schwäche
 behand. Dr. med. Dori, nicht approbiert. Mittl. naturwiss. (Heilich, Leipzig, Karprinzenstr. 5, Sprechst. von 8-2 u. 4-8 Uhr.)

Weihnachts-Handarbeiten



fertigen Sie am besten an unter Benützung von **Beyers Handarbeitsbüchern** u. Vorlag. m. Musterbeilag. 60 versch. reichhalt. Bilder. Verkaufsst. d. Beyer-Schulte Neumarkt 21 (Dresdner Hof)

Familien-Nachrichten

Gestern früh verschied nach kurzem schwerem Leiden im 43. Lebensjahre meine liebe gute Gattin, unsere herzensgute treuliebende Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Anna Emma Müller geb. Boye
 Leipzig, den 28. November 1921.

In tiefstem Schmerze **Albert Müller** zugleich im Namen sämtlicher Hinterbliebenen. Beerdigung Donnerstag, 1. Dez., nachm. 1/3 Uhr. Zugedachte Blumen Spenden bitte in der Kapelle des Friedhofs zu Wödem abgeben.

Am Montag früh 10 Uhr, entschlief ruhig nach längerem Leiden unsere einzige herzensgute Tochter, unsere gute Schwester, meine liebe Braut, die

Elisabeth Hebenstreit
 Leipzig, den 29. November 1921

Neuherrn Gasse Str. 40, II
 In tiefstem Schmerze **Familie Wilhelm Klemm-Hebenstreit** Otto Metz als Bräutigam. Beerdigung Donnerstag, 1. Dez., nachm. 1/3 Uhr. von der Kapelle des Gohliser Friedhofes aus.

Sonntagabend 10 Uhr verschied nach langem schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute treuliebende Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Marie Bitterlich geb. George
 im 54. Lebensjahre.

Leipzig, den 27. November 1921
 Dies sagt im Namen aller Hinterbliebenen an **Der trauernde Gatte Richard Bitterlich**. Beerdigung Donnerstag 1/3 Uhr auf dem Südfriedhof.

Nach langem schwerem Leiden verschied am 27. Nov. im Krankenhaus St. Jakob unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater, der Schneider

Anton Schwarz
 Im Namen sämtlicher Hinterbliebenen **Kurt Schwarz**

Die Beerdigung findet Mittwoch den 30. November, 1/12 Uhr auf dem Südfriedhof statt.

Statt Karten. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters **Artur Schilling** sagen wir Freunden, Bekannten und Hausbewohnern sowie der Gesamtwertung und dem Personal des Konsumvereins Leipzig-Plagau, herzlichen Dank ebenso dem Sängerkorps L. Thouberg und der Ortsgruppe Leipzig sowie Herrn Dr. Rippenberger.
 L. A. Schilling o. d. d. den 28. November 1921.
 Minna v. Schilling nebst Töchtern.

Beim Hinscheiden meines lieben Mannes, des Giebers und Müllers **Max Bär** sage ich sämtlichen Teilnehmern meinen aufrichtigsten Dank. Das alles hat meinem Herzen wohlgetan. Die trauernde Witwe **Klara Bär** sowie sämtliche Hinterbliebenen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 29. November.

Parteiangelegenheiten.

Hauptvorstand Groß-Leipzig.

Im Anschluß an die heute abend stattfindende Funktionärs-Sitzung Sitzung des Hauptvorstandes.

Offbeiz. Donnerstag, den 1. Dezember, abends 1/8 Uhr: Funktionärsitzung in Rahlers Festsaal (kleiner Saal). Wichtige Tagesordnung. Stellungnahme zum Parteitag.

Neudnh. Funktionäre, Belasteter! Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, wichtige Sitzung im Restaurant Internationale, Heinrichstraße 28.

Südost-Bezirk. Am Donnerstag, dem 1. Dezember, abends 1/8 Uhr, in Stützerich, Restaurant Heyne.

Stützerich. Morgen Mittwoch, abends pünktlich 8 Uhr, Kursus des Genossen Plottie im Restaurant Kleines Volkshaus, Judenhäuser Straße.

Ortsverein Plagwitz-Vindenu-Schleußig. Für die Genossinnen findet Donnerstag, den 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr, eine Besichtigung der Fleischerei des Konsumvereins Plagwitz in Connewitz, Frohburger Straße, statt. Treffpunkt 1/2 Uhr Karl-Seine-Platz. Der Vorstand.

Gohls. Morgen, Mittwochnachmittag, findet der Besuch der Puppenspiele Papa Kleinerh statt. Treffpunkt 2 Uhr vor dem Rickau-Ausgang, Elsbethstraße. Karten sind noch bei den Spielleiterinnen zu haben.

Modau. Mittwoch, den 30. November, abends 8 Uhr, wichtige Sitzung der Funktionäre in der Sachsenburg.

Kursus Saube, Osten. Wegen der Funktionärsitzung kann der heutige Unterrichtsabend erst um 1/8 Uhr beginnen.

Kursus Saube, Gohls. Der Unterrichtsabend muß in dieser Woche umstandshalber von Mittwoch auf Donnerstag verschoben werden. Das Erscheinen aller Teilnehmer wird erwartet.

Betriebsräte, Arbeiter- und Angestelltenräte, Obmänner der Gruppe 7, Holzindustrie: Gruppenversammlung am Mittwoch, dem 30. November, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Café, Mitte. Tagesordnung: Arbeitszeitgesetz.

Eisenbahner-Funktionäre (USP-Fraktion, Betrieb und Werkstatt.) Donnerstag, den 1. Dezember, abends 7 Uhr, Sitzung im Speiseaal der Leipziger Volkszeitung. Wichtige Tagesordnung. Parteibuch Ausweis.

Erhöhung der Bezüge für bedürftige Invalidentrentner.

Die Lage der Rentnempfänger ist entsetzlich. Was das Reich ihnen bietet, schickt sie nicht vor dem Verhungern. Trotzdem hat erst kürzlich die bürgerliche Reichstagsmehrheit die Erhöhung der Renten für alle Invaliden abgelehnt. Obwohl die USPD, die große Wählerschaft, wurde von der Reichstagsmehrheit beschloffen, nur den "Bedürftigen" die Renten zu erhöhen. Wenn die Agrarier Liebesgaben erhalten, streut man mit vollen Händen die Milliarden Mark aus. Den Invaliden der Arbeit, die ihr Leben lang für den Kapitalismus geschuftet haben, mißt man schmale Renten zu. Die Rentnempfänger müssen die Änderungen des Gesetzes kennen lernen, damit sie ihre Ansprüche stellen können.

Höhere Bezüge werden also nur gewährt bei Bedürftigkeit. Bedürftig ist, dessen Einkommen einschließlich der Rente 3000 Mk. nicht übersteigt. Für die invalide Witwe ist der Betrag auf 2100 Mk. und für die Witwe auf 1200 Mk. pro Jahr festgesetzt. Für jedes verjüngungsberechtigte Kind unter fünf Jahren erhöht sich der Betrag um 500 Mk. jährlich und bei mehr als drei Kindern für jedes weitere Kind auf 600 Mk.; ebenso für Elternlose, von dem Rentnempfänger unterhaltene Enkel. Soweit die angeführten Sätze nicht erreicht werden, haben die Gemeinden eine Unterstützung zu gewähren, welche die Differenz beseitigt. Bei der Berechnung des Existenzminimums um so soll ein Arbeitsverdienst bis zu 2000 Mk. nicht angerechnet werden. Ebenso sollen unberücksichtigt bleiben Einkommen bis zu 600 Mk. jährlich aus öffentlichen oder privaten Versicherungsunternehmungen auf Grund des Reichsversicherungs- oder anderer Militärversicherungsgesetze sowie aus der knappschafflichen Versicherung oder aus Sparguthaben. Die Bezüge der Hinterbliebenen sind hierbei zusammenzurechnen.

Das nachfolgende Beispiel mag dies näher erläutern: Die Rente eines Invaliden einschließlich der Zuschüsse beträgt 1050 Mk. Arbeitslohn ist vorhanden 4000 Mk.; 2000 Mk. werden nicht gerechnet, mithin bleiben zur Berechnung 2000 Mk. Sparrentenrenten 50 Mk. Invalidrente 120 Mk. Insgesamt: 3220 Mk.

Der Invalide erhält keine Unterstützung, da das Existenzminimum mit 3000 Mk. um 220 Mk. überschritten ist. Hat der Invalide vier Kinder, so erhöht sich das Existenzminimum um viermal 500 Mk. auf 5000 Mk. Somit würde er noch 1780 Mk. Unterstützung zu beanspruchen haben.

Erhält der Rentnempfänger in einer Anstalt (Invalidentheim, Altersheim u. dergl.) Wohnung und Verpflegung, so ist die Anstalt berechtigt, 1/2 der Bezüge in Anspruch zu nehmen. Die Rentnempfänger aus der Angestelltenversicherung fallen ebenfalls unter dieses Gesetz. Witwenrentnempfänger erhalten aber nur dann die Unterstützung, wenn sie selbst invalide im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes sind.

Die Unterstützungsanträge sind bei der Gemeindeverwaltung zu stellen. Diese legt die Unterstützung fest, tunlichst unter Zuziehung von Personen aus den Kreisen der Versicherung und der Rentnempfänger, Gewerkschaften und Invalidentorganisation müssen dafür sorgen, daß ihre Vertreter von der Verwaltung der Gemeinde hinzugezogen werden.

Das Gesetz wird nur dann einige Vorteile für die Rentnempfänger bringen, wenn sie auf ihre Rechte aufmerksam gemacht werden und einen Antrag bei der Gemeindeverwaltung stellen.

Wie der Bürgerblick die Leipziger Wähler belogen hat.

Der Städtische Wohnungsbau schreibt uns: In Wahlflugblättern und Zeitungsartikeln für die Wirtschaftspolitische Gemeindefraktion sind über die Dienstleistungen des Städtischen Wohnungsbauwesens unwahre Behauptungen aufgestellt worden. Es wird behauptet, daß der Städtische Wohnungsbau für "enorme Summen schlechteste Arbeit und schlechtestes Material" geliefert habe, ferner daß die Töpfermeister "Meißner Rachen 1. Wahl, solide Eisenarbeit und sachlich gebiegene Erstellung" angeboten, der Städtische Wohnungsbau jedoch "Rachen 2. Wahl und völlig unsolide Eisenarbeit" geliefert habe. Jede einzelne dieser Behauptungen ist unwahr. Maßgebend ist das Angebot der "Heizungstechnischen Kommission für die Stadt Leipzig und die Reichshauptmannschaft Leipzig" vom 28. 5. 1921 über 48 Rachenlösen für 286.800 Mk., also 5800 Mk. für das Stück. Zwei spätere Angebote der Töpferwerkstatt für Leipzig und

eines einzelnen hiesigen Töpfermeisters vom 19. Juli 1921, die Defen für je 5000 Mk. liefern zu wollen, haben keine praktische Bedeutung, weil, was den Anbietenden auch bekannt sein mußte, bereits am 13. bzw. 15. 7. Rat und Stadtvorstande beschloffen hatten, den Auftrag dem Städtischen Wohnungsbau zu übertragen. In dem maßgebenden Angebot vom 28. 5. 21 steht u. a. wörtlich: "Konstruktion und Ausführung genau wie der in der 2. Fortbildungsschule gebaute Probeofen laut beiliegender Zeichnung. Der große Unterbau des Ofens mit einem starken Winkelrahmen 45/45 Millimeter eingefaßt. Ausführung in Meißner Rachen, farblich in einfacher Ausführung", also das gerade Gegenteil von der Behauptung im Wahlflugblatt, daß Meißner Rachen 1. Wahl angeboten worden wären. Der im Angebot erwähnte Probeofen ist aus Kamener Rachen, Marke "Siedlungsware", also einfache Qualität, gebaut. Kamener Rachen rechnen zwar auch zu den sogenannten Meißner Rachen, weil sie aus Meißner Ton hergestellt sind, ebenso wie die vom Städtischen Wohnungsbau verwendeten Rachen aus Pirna; jedoch ist natürlich "Siedlungsware" keine 1. Wahl, was übrigens für die Heizwirkung und Lebensdauer des Ofens völlig belanglos ist. 1. Wahl besagt nur, daß die Rachen frei von allen Schönheitsfehlern sind. Die vom Städtischen Wohnungsbau verwendeten Rachen sind also den von den Töpfermeistern angebotenen mindestens gleichwertig. Die Winkelrahmen sind auch vom Städtischen Wohnungsbau in den Dimensionen 45/45 Millimeter, teilweise sogar 50/50 Millimeter ausgeführt worden. Die Wandungen der Luftheizkästen sind vom Städtischen Wohnungsbau aus Schmiedeeisen, und zwar an der Innenseite 3 Millimeter stark, an der Außenseite 2 Millimeter stark, ausgeführt worden, während der Probeofen der Töpfermeister gegossene Wandungen von 5 Millimeter Stärke hat. Da die Luftheizkästen vom Feuer nicht direkt bestrahlt werden, ist Schmiedeeisen eher besser als schlechter als Gusseisen. Jeder Fachmann wird auch zugeben, daß 3 Millimeter starkes Schmiedeeisen mindestens einer 5 Millimeter starken gusseisernen Platte gleichwertig ist. Die Heizungs-technische Kommission zu München hat kürzlich in einem veröffentlichten Gutachten Luftheizkästen aus Schmiedeeisen von 1-1 1/2 Millimeter Stärke empfohlen.

Im Innenausbau sind die Defen des Städtischen Wohnungsbau dem Ofen der Töpfermeister entschieden überlegen, da zum Ausfüttern der Rachen ausschließlich neues Schamottematerial verwendet wird, während beim Probeofen der Töpfermeister zum Teil auch alte Dörschmel verwendet worden sind. Der Herr Obermeister der hiesigen Töpfermeister hat die Defen des Städtischen Wohnungsbau während der Ausführung einer eingehenden zweikündigen Bestätigung unterzogen und nachdem ausdrücklich erklärt, daß er keinerlei Beanstandungen zu erheben habe.

Trotz mehrfacher Lohn- und Materialpreiserhöhungen, die sehr wahrscheinlich die Töpfermeister zu Nachforderungen veranlaßt hätten, kosten die Defen beim Städtischen Wohnungsbau unter ausreichender Berücksichtigung aller Unkosten nur rund 3800 Mk. (ohne Nebenarbeiten, die auch die Töpfermeister nicht zu leisten hatten), gegenüber 5800 Mk. Unternehmerangebot aus einer Zeit niedrigerer Löhne und Materialpreise. Die Nebenarbeiten waren seinerzeit vom Hochbauamt auf 1200 Mk. pro Ofen veranschlagt (beim Ausfüttern des Probeofens im November 1920 betrugen sie tatsächlich 900 Mk.), haben jedoch beim Städtischen Wohnungsbau trotz mehrfacher Lohnerhöhung nur rund 500 Mk. erreicht.

Wie dumm die Kommunisten lügen.

Ueber die Verklammsung, die die Kommunisten Leipzigs am vergangenen Freitag in die Textilhalle einberufen hatten, berichten sie an ihre Presse. Sie sei von 5000, meist Anhängern der USV., besucht gewesen und habe in einem Beschluß den neuesten Kommunisteneinigungsstreik gutgeheißen und die Haltung unserer Partei und besonders unres Blattes verurteilt. Gegenüber diesen plumpen Lügen stellen wir folgendes fest: 1. war nach der Schätzung kommunistischer Besucher die Versammlungsbesucherszahl 1000; 2. waren eine Anzahl Bürgerliche darunter und 3. werden doch auch kommunistische Anhänger dagewesen sein. Damit ist die Behauptung der Öffentlichkeit durch die Kommunisten wieder einmal klar festgestellt: Die Versammlung war ein glatter Reinkauf, denn nicht einmal die eigenen Anhänger der USV. waren hin zu bekommen. Umso lächerlicher wirkt der tramschafte Versuch, mit dem starken Besuch den Reinkauf zu verdecken. Das einzige Gebot Lenins, das die Kommunisten Leipzigs getreulich befolgten, ist die notorische Lüge, darum bringen sie es auch so herrlich weit.

Amerikanische Kleiderpakete.

Man schreibt uns: Auf Anregung und Wunsch des Central-Relief-Committee hat das Deutsche Rote Kreuz die Einrichtung von Kleiderpaketen neben den schon bestehenden Lebensmittelpaketen übernommen. Bestellungen auf diese Pakete können nur von amerikanischer Seite aus erfolgen und zwar in derselben Form wie auf die Lebensmittelpakete. In Deutschland kommen die Pakete daher nur als Liebesgaben zur Verteilung und können hier nicht käuflich erworben werden. Für die deutsche Volkswirtschaft sind die Pakete deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie in Deutschland selbst hergestellt und verpackt werden ihre Versorgung aber durch ausländische Mittel erfolgt, und Ueberflüsse, die aus ihnen in Amerika und Deutschland erzielt werden zur Linderung der deutschen Notstände verwendet werden. Aus diesem Grunde ist es auch dringend zu empfehlen, daß jeder, der in den Vereinigten Staaten Verwandte oder Freunde hat, dies auf die Möglichkeit, Kleiderpakete durch das Central-Relief-Committee 247 East Street New York zu bestellen verweise, denn selbstverständlich können durch diese Pakete nicht nur Privatpersonen, sondern auch die schwerbedürftigen und gerade in Bezug auf Wäsche und Kleidung äußerst bedürftigen Anstalten und Einrichtungen der deutschen Wohlfahrtsvereine wirksam unterstützt werden. Das Central-Relief-Committee nimmt einstweilen Bestellungen auf sechs verschiedene Pakete entgegen:

- Paket 1. Erhaltungsausstattung, enthaltend 68 Gegenstände darunter: 6 Hemden, 10 Windeln, 3 Strickjacken, 1 Gummihandschuh usw.
- Paket 2. Anabenausstattung, enthaltend 21 Gegenstände darunter: 3 Taghemden, 1 Trikot, 1 Sweater, 1 Stoffhose, 1 Wollschal usw.
- Paket 3. Mädchenausstattung, enthaltend 24 Gegenstände darunter: 3 Taghemden, 2 Unterröcke, 1 Wollkleid usw.
- Paket 4. Hausfrauenausstattung, enthaltend 24 Gegenstände, darunter: 2 Bettbezüge, 2 Kissen, 6 Handtücher usw.
- Paket 5. Männerausstattung, enthaltend 32 Gegenstände darunter: 1 wollene Unterhose, 3 Hemden, 6 Talschentücher usw.
- Paket 6. Frauenausstattung, enthaltend 23 Gegenstände darunter: 1 wollenes Kleid, 1 warmer Unterrock, 4 Paar wollene Strümpfe usw.

Die verfügbaren Größen sind Durchschnittsgrößen, unter denen der Endempfänger wählen kann. Die Ausstattung geschieht durch Paketpost.

Selbstbauunternehmer nur deshalb nicht bauen, weil sie oder ihre Auftraggeber die Baukosten selbst aufbringen sollten; das wollen sie aber nicht, sondern sie wollen sich auf Kosten des Reichs und der Stadt bereichern und Wertobjekte verschaffen. Die Schamlosigkeit dieser Vorfälle ist noch größer als ihre Lügenhaftigkeit, mit der sie der Öffentlichkeit immer wieder vorreden, oder durch ihre gefälligen Papiermädchen vorreden lassen, die Stadt hindere sie am Wohnungsbau. Auch auf der Interatenplantage Herfurths quält sich ein armer Schmock mit dem Nachweis ab, der städtische Regiebau sei unzuverlässig und unrentabel. Gleich darunter wird eine Falschheit des städtischen Wohnungsbauamts abgedruckt, worin zahlenmäßig nachgewiesen wird, um wieviel billiger und besser der städtische Regiebau z. B. beim Sehen von Defen in den Schulen gewirksam ist. Natürlich darf der arme Schmock nicht merken lassen, wie sehr ihn diese Bauspeisen schmerzen und wie sehr ihn die moralische Stümpfung für seine Kuliarbeit verächtlich macht.

Straßenbahnauweise für Schwerbeschädigte. Die vom Kreisamt für Kriegerversorgung ausgestellten Fahrtausweise für Schwerbeschädigte zur Benutzung der Leipziger Straßenbahn zu ermäßigten Preisen bzw. zur freien Fahrt verlieren mit dem 31. Dezember 1921 ihre Gültigkeit. Die Neuaustellung der Ausweise für das Kalenderjahr 1922 beginnt am 1. Dezember 1921, und zwar in der Reihenfolge der laufenden Nummern der Ausweise: 1-700 vom 1. bis 3. Dezember, 701-2000 vom 5. bis 10. Dezember, 2001-3400 vom 12. bis 17. Dezember, über 3400 vom 19. bis 23. Dezember einschließl., in den Geschäftsräumen des Kreisamtes für Kriegerversorgung, Kopplatz 11, Ausgang B part., 1. Zimmer rechts, täglich von 8-4 Uhr. Persönliches Erscheinen des Beschädigten erforderlich, mitzubringen ist der letzte gültige Rentenbescheid und Militärpaß bzw. Nachweis der verlängerten Gültigkeit des Bescheides. Als Schreibgebühr für die Neuaustellung werden 50 Pfg. erhoben.

Zugverlegung. Vom Donnerstag, dem 1. Dezember d. J., ab wird Zug 403 Leipzig (bisher ab 7.28) - Zerbst (an 10.33) - Magdeburg später gelegt. Er geht von Leipzig 8.28 ab und ist um 12.10 in Magdeburg. Am gleichen Tage ab wird im Anschluß vom E 101 von Leipzig (Bitterfeld an 7.53) ein Anschlußzug nach Wolten (Kreis Bitterfeld) wie folgt gefahren: Bitterfeld ab 8.00 vorm., Wolten (Kreis Bitterfeld) 8.10 vorm. an.

Alle gebrechlichen Fürsorgeempfänger und Sozialrentner, die ihre Kartons auf dem Schlachthof selbst holen können, haben dies sofort beim Arbeitsamt II, Gerberstraße 3, Zimmer Nr. 4, schriftlich oder mündlich mit genauer Adresse anzugeben, damit ihnen die Kartons zugestellt werden können.

Arbeitslose, Kurzarbeiter und Fürsorgeempfänger! Ab 1. bis 15. Dezember 1921 Verkauf von Rindfleisch (gute Qualität) zum Preise von 7 Mk. das Pfund im Schlachthof täglich von 9-3 Uhr. Ballen Geld und Papier ist mitzubringen.

Der Arbeitslosentat. Achtung, Arbeiterrentenempfänger! Die Frist zur Beantragung einer einmaligen Beihilfe an bedürftige Arbeiterrentenempfänger läuft mit dem 1. Dezember d. J. ab. Anträge sind bis zu diesem Tage unter Vorlegung von Rentenbescheid und Wohnungsmeldeschein beim Städtischen Arbeitsamt II, Leipzig, Gerberstraße 3, 1. Obergesch., Zimmer 28, zu stellen. Später eingehende Anträge werden abgelehnt. Es empfiehlt sich, bedürftige Arbeiterrentenempfänger, die selbst eine Zeitung nicht halten bzw. nicht lesen können, hierauf aufmerksam zu machen und an die genannte Dienststelle zu verweisen.

Die Straßenbahn wird wieder teurer. Die sprunghafte Steigerung der Lebensmittelpreise und der Rohstoffpreise muß naturgemäß auch eine Verteuerung des Betriebes der Straßenbahn zur Folge haben. Wenn die Erhöhung der Löhne und Gehälter ist mit 10 bis 12 Millionen Mark für das laufende Jahr berechnet worden. Zur Deckung dieser Mehrausgaben wird eine Fahrpreiserhöhung geplant, über deren Höhe noch kein Beschluß vorliegt, die aber voraussichtlich nicht zu knapp sein dürfte. Dresden hat z. B. kürzlich beschlossen, die Preise für einfache Fahrten von 1 Mk. auf 2 Mk. und für Umsteigefahrten auf 3 Mk. zu erhöhen. Soweit bekannt geworden ist, wird für Leipzig eine Fahrpreiserhöhung von 1 Mk. auf 1.50 Mk. für einfache Fahrten und auf 2 Mk. für Umsteigefahrten erwogen.

Postkarte. In Postanweisungen nach England kostet das Pfund jetzt 1200 Mk., von dort erhält man dafür 1030 Mk. Nach Frankreich zahlt man für 100 Franc 2450 Mk. und erhält 1630 Mk. Man zahlt ferner für je 100 der fremden Währung nach Belgien 2720 Mk., Dänemark 6012, Deutsch-Oesterreich 9, Griechenland 1503, Japan 16 597, Luxemburg 2655, Mexiko 32 483, Niederlande 14 925, Norwegen 4614, Schweden 7508, Schweiz 6139, Spanien 4413, Tschecho-Slowakei 341, Ungarn 36 Mk.

Heiligenbilder ein Luxus. Heiligenbilder unterliegen nach einer Entscheidung des Reichsministers der Finanzen der Luxussteuer, weil sie sich nicht nur für den Schulgebrauch eignen, sondern auch in der Hauswirtschaft als Zier- und Schmuckgegenstand der Innenausstattung verwendet werden können.

Eine Schrift über den zehnprozentigen Wohnzins, über die abzugsfreien Beträge beim Steuerabzug ist in vierter Auflage im Verlage von Felix Hübsgen, Heiligenhaus-Niederrhein, erschienen. Der Preis der Broschüre beträgt 3 Mk.

Vermieter, wie sie nicht sein sollen. Täglich mehren sich die Klagen über die Ausbeutung der Untermieter durch ihre Wirte. So wohnt in der Lindenhafer Straße 53 bei einer Familie De. ein junges Ehepaar. Für eine kleine zweifenstige Stube zahlt es nicht weniger wie 1040 Mk. jährlich, während der Vermieter, der noch eine geräumige Stube, 2 Kammern, Küch. usw. zu seiner Benutzung hat, - 620 Mk. jährlich insgesamt Miete zahlt. Also bringt die Vermietung einer leeren Stube dem Vermieter nicht nur die gesamte Wohnungsmiete, sondern außerdem noch einen Ueberflub bzw. Gewinn von 420 Mk.

Der Wiltz-Fahrplan. Im Verlage von M. u. N. Jocher, Dresden, ist die Winter-Ausgabe des Wiltz-Fahrplans des sächsischen Reges der Reichs-Eisenbahnen mit Thüringen, Harz und nördliche Tschecho-Slowakei, sowie sämtliche wichtigen Anschlüssen, am 25. Oktober zur Ausgabe gelangt. Er erscheint in der bisherigen praktischen Ausführung mit Register-Einleitung und enthält weitere Anschlüsse nach Bayern und Thüringen, ferner die klaren Eisenbahnkarten, Gepäcktarif, Kraftwagenlinien-Verzeichnis, Hotelkatalog usw. Der Wiltz ist in allen Buchhandlungen, Bahnhofs-Buchhandlungen und bei Reisebüros zu haben.

Stiftung für die Kriegsbekindeten. Der Stiftung Heimatkund sind, wie uns der Verein Heimatkund mittelt, von einem sächsischen industriellen Werke für die sächsischen Kriegsbekindeten 100 000 Mk. überwiesen worden.

Fleischverkauf an der Freibank. Freibank I, Nr. 2001-4500, Freibank II, Nr. 601-2500. Dann treter Verkauf.

Polizeinrichten.

Durch einen Personentransporter schwer verletzt. Zeugen gesucht! Auf der Kreuzung der Nürnberger und der Brüderstraße ist am 27. d. M. abends gegen 7 Uhr, ein 36-jähriger Monteur mitten auf der Fahrbahn von einem Personentransporter überfahren und ein Stück gefleht worden. Er fand, in bewußungslosem Zustande, Aufnahme im Krankenhaus St. Jakob, wofür selbst unter anderen Verletzungen vier Rippenbrüche festgestellt

wurden. Zeugen des Vorfalls werden gebeten, sich schnellstens bei der Kriminalpolizei oder der nächsten Wache zu melden.

Auch die hier neuerlichene kommunistische Arbeiterzeitung verboten. Für die bis zum 30. d. M. verbotenen kommunistischen Tageszeitungen der Rote Kurier und die Sächsische Arbeiterzeitung ist am 26. d. M. die Arbeiterzeitung erschienen, die zwar als „Organ der kommunistischen Partei für den Bezirk Hesse-Waldeck und Südhannover“ bezeichnet wird, jedoch nach dem Inhalte offenbar nur für die hiesigen Leser bestimmt ist und auch an die bisherigen Besitzer des Roten Kuriers verbreitet worden ist. Da sich die Arbeiterzeitung (sonach sachlich als die Fortsetzung der bereits verbotenen, oben angeführten Tageszeitungen, also als die alte Druckchrift, darstellt, so gelten die polizeilichen Verbote auch für die Arbeiterzeitung.

Lebensmittelfalender für Mittwoch, den 30. November.

Für Haushaltungen.
Ausgabe, Rindfleisch (gute Qualität) für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene auf sämtliche vom Ortsamt für Kriegsfürsorge ausgestellte Bezugskarten Buchstaben W-Z von 9-3 Uhr auf dem Schlachthof gegenüber dem Schauamt II, rechts 1. Tkr. Pfund 7 Mt. Es erhalten bis zu 3 Köpfen 2 Pfd., 4 und mehr Köpfe 3 Pfd. Fleisch, Papier mitbringen.

Sächsische Angelegenheiten.

Weitere Ergebnisse der Gemeindevahlen.

- Zwickau. Gewählt: 18 Sozialisten und 18 Bürgerliche.
- Abdorf. Vereinte Berufsstände 6, Beamtenvereinigung 2 USP, und SPD, 4, APD, 3 Sitze. Die Bürgerlichen haben damit die Mehrheit.
- Bad Elster. 9 Bürgerliche und 6 Sozialisten.
- Kochitz. Es erhielten USP. 742 Stimmen, 4 Sitze, SPD. 731, 4 Sitze, Bürgerliche 1797, 10 Sitze.
- Colditz. USP. 735 Stimmen, 6 Sitze, APD. 218, 1 Sitze, Bürgerliche 755, 5 Sitze, Beamten 514, 3 Sitze, Parteilose Arbeiter 3 Sitze.
- Geisingowalde. USP. 324 Stimmen, SPD. 998, Bürgerliche 1109.
- Klostergeisingowalde. USP. 76 Stimmen, 2 Vertreter, SPD. 181, 5, Parteilose 108, 2.
- Wittgeringowalde. USP. und SPD. 124 Stimmen, 3 Vertreter. Bauern 150, 4.
- Hilmsdorf. USP. 195 Stimmen, 3 Sitze (bisher keinen Vertreter), SPD. 160, 3, Bürgerliche 145, 2.
- Kaufungen. USP. 183 Stimmen, 5 Sitze, Bürgerliche 218, 7, Zwenkau. Gewählt wurden: 3 USP., 2 APD., 6 Bürgerliche, 1 auf Mieterliste.
- Zehmen. USP. 132 Stimmen, 5 Vertreter, Bürgerliche 37, 1, Großdeuben. Es entfielen auf die bürgerliche Liste 548 Stimmen (6 Sitze), USP. 227 Stimmen (2 Vertreter), kommunistische Liste 140 Stimmen (1 Vertreter).
- Galschwitz. USP. 208 Stimmen, 4 Vertreter, Bürgerliche 290, 6.
- Großhörnitz. USP. 195 Stimmen, 3 Vertreter, SPD. 68, 1, APD. 48, 0, Bürgerliche 158, 2.
- Mülsdorf. USP. 106 Stimmen, 3 Sitze, APD. 91, 2, Bürgerliche 157, 3. Bis jetzt war das Vertreterverhältnis 4 Sozialisten und 4 Bürgerliche.
- Lindenaudorf. USP. 48 Stimmen, 2, Bürgerliche 103, 6.
- Panitzsch. 7 Bürgerliche, 4 USP., 1 APD.
- Bartha. Bürgerliche Einzelstimme 7 (5), SPD. 7 (10), USP. 1 (0), APD. 3 (0).
- Wölsau. Bürgerliche 3290, SPD. 2408, USP. 391 Stimmen
- Schönbau. USP. 144 Stimmen, 4 Sitze, APD. 28 (0), Bürgerliche 108, 2.

Freiheit der sächsischen Industriebetriebe.

Die Industriellen fühlen sich so stark, daß sie glauben, an die Regierungsmänner Forderungen ausstellen zu können. Eine Zeit lang verhielt sich der Vorstand des Verbandes sächsischer Industrieller an dem unabhängigen Minister Fickel so selbst, wie sie gehörig abblühten. Jetzt nahmen sie sich zur Abwechslung einmal den rechtssozialistischen Minister Fickel vor. Die L. N. N. wissen zu melden:

Der Gesamtverband des Verbandes Sächsischer Industrieller bezieht sich mit der offiziellen Meldung, daß der Wirtschaftsminister Fickel zur Frage der Kredithilfe der Industrie in abnehmendem Sinne Stellung genommen habe. Man stellte zunächst fest, daß irgendeine Fühlungnahme des Wirtschaftsministers mit den Organisationen der Industrie und des Handels, wie überhaupt der sächsischen Erwerbstätigen, nicht stattgefunden hat. Der Gesamtverband sah davon ab, eine Beschwerde an das sächsische Kabinett zu richten. Dagegen wurde mit Bedauern darauf hingewiesen, daß derartige „Instruktionen“ in Berlin selbstverständlich ohne jede Wirkung blieben, auf die Dauer aber sicher dazu beitragen werden, den schon jetzt stark gesunkenen Einfluß Sachsens bei den Reichsinstanzen noch mehr zu vermindern. Leider verhindert die einseitig-parteiliche Stellungnahme der sächsischen Regierung die Erkenntnis solcher für das gesamte Wirtschaftsleben des Landes verhängnisvollen Wirkungen.

Wie nötig, daß die Herren Industriellen es diesmal bei einer Verwarnung für den Minister bewenden lassen und davon absehen wollen, Beschwerde zu erheben. Das nimmt freilich nicht wunder, wenn man sieht, wie diese Gesellschaft die verfassungsmäßigen Rechte und den Einfluß eines Ministers einschätzt: „Derartige Instruktionen werden in Berlin selbstverständlich ohne jede Wirkung bleiben.“ Wie sicher müssen die industriellen Schmeicheleien ihre Interessen bei den reaktionären Machern in Berlin wissen, die sie völlig in der Tasche zu haben schmeinen. Aber die Herren mögen sich eines gesagt sein lassen: Hinter den sozialistischen Ministern steht die gesamte sächsische Arbeiterklasse und neben dieser die deutsche Arbeiterklasse. Und diese wird überall und so oft es nötig wird, dafür sorgen, daß die „Instruktionen“ ihrer Minister in Berlin nicht ungehört verhallen.

Ein Wohnungsbaugesetz für Sachsen.

Dem Landtage ist der Entwurf eines Gesetzes zugegangen, der bestimmt, daß im Freistaat Sachsen auf Grund und nach Maßgabe des Reichsgesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues vom 26. Juni 1921 (RGBl. S. 773) eine Abgabe in Höhe von zehn vom Hundert des jährlichen Nutzungswerts derjenigen Gebäude, die vor dem 1. Juli 1918 in Sachsen fertiggestellt sind, von Nutzungsberechtigten erhoben werden. Für Rechnung der Gemeinden und selbständigen Gutsbezirke ist ein Zuschlag von 50 Prozent der Abgabe (§ 1) zu erheben. Der Ertrag dieses Zuschlages wird nach näherer Bestimmung des Ministeriums des Innern zur Verzinsung und Tilgung der für den Gemeindeanteil der Baubehörden in den Rechnungsjahren 1921 und 1922 aufgewendeten Beträge verwendet und steht nach Kürzung der im Reichsgesetz vom 26. Juni 1921 vorgeschriebenen Abgabe, soweit er nicht vom Ministerium des Innern einzelnen Gemeinden zur selbständigen Verwendung überlassen wird, in die Kasse des Landeswohnungsverbandes. Die Gemeinden und Bezirksverbände dürfen für die Dauer der Erhebung der Abgaben weitere gleichartige Abgaben (Mietsteuer, Miet- oder Pachtwertsteuer, Pauerwertsteuer) vom 1. April 1922 ab nicht mehr erheben. Das Gesetz tritt sofort mit Wirkung vom 1. April ab in Kraft.

In der dem Entwurf beigegebenen Begründung wird u. a. gesagt: Durch das Reichsgesetz über die vorläufige Förderung des Wohnungsbaues vom 12. Februar 1921 sind die Länder verpflichtet worden, zur Förderung des Wohnungsbaues in den Rechnungsjahren 1921 und 1922 einen Betrag von mindestens 30 Mt. auf den Kopf der Bevölkerung aufzuwenden. Zur Deckung dieses Betrages haben die Länder für die Rechnungsjahre 1921 bis 1941, also 21 Jahre lang, eine Abgabe von den Nutzungsberechtigten der vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäude zu erheben, die des näheren im Reichsgesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues vom 26. Juni 1921 geregelt ist. Es ist ihnen jedoch nachgelassen, an Stelle einer derartigen Abgabe Zuschläge zu bestehenden oder neu einzuführenden Steuern vom Grundbesitz zu erheben; solche Zuschläge dürfen jedoch nur von bebauten Grundstücken erhoben werden, deren Gebäude vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind. Der wirtschaftliche Grundgedanke des Gesetzes ist, die Mittel für den Bau von neuen Wohnungen durch eine Abgabe von den Nutzungsberechtigten der alten Gebäude — eine besondere Wohnungsbaubgabe oder einen als abwälzbar gedachten Zuschlag zur Grundsteuer — aufzubringen und so die durch die Mieterschutzgesetzgebung niedergehaltenen Mieten in den alten Häusern den höheren Mieten in neugebauten Häusern anzunähern, wobei die Mietsteigerung nicht dem einzelnen Grundstückseigentümer, sondern der Allgemeinheit zugute kommen soll.

Da Sachsen nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 eine ortsanwesende Bevölkerung von 4 670 311 Personen aufwies, wäre es nach dem Reichsgesetz vom 12. Februar 1921 verpflichtet, in den Rechnungsjahren 1921 und 1922 insgesamt mindestens 140 109 830 Mt. zur Förderung des Wohnungsbaues aufzuwenden. Um aber in den beiden in Betracht kommenden Jahren eine größere Zahl Wohnungen herzustellen und damit der in den meisten Gegenden des Landes überaus drückenden Wohnungsnot schneller abhelfen zu können, hat der Landtag am 17. März 1921 beschlossen, den vom Reiche vorgeschriebenen Beitrag für Sachsen zu vermindern und demnach für die Rechnungsjahre 1921 und 1922 60 Mt. auf den Kopf der Bevölkerung, insgesamt rund 280 000 000 Mt. für Wohnungsbaubauwerke zu bewilligen; außerdem die Gemeinden zur Bereitstellung von 140 000 000 Mt. für den gleichen Zweck zu veranlassen. Entsprechend den Vorschriften des Reiches soll die vom Staat aufzuwendende Summe von 280 000 000 Mt. im Laufe der nächsten 21 Jahre durch die Wohnungsbaubgabe abgedeckt werden. Zur Verzinsung und Tilgung der Summe innerhalb der vom Reiche vorgeschriebenen Frist ist bei Annahme einer jährlichen Verzinsung von 5 Prozent ein Tilgungssatz von rund 3 Prozent jährlich notwendig. Insgesamt müssen also innerhalb der nächsten 21 Jahre jährlich 8 Prozent von 280 000 000 Mt. = 22 400 000 Mt. aufgebracht werden.

Die Regierung hatte nur zu prüfen, ob sie bei der gesetzlichen Regelung der Frage auf die Wohnungsbaubgabe oder ob sie sich wie vor auf die an deren Stelle zu erfassenden Grundsteuerzuschläge von den vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäuden zuwenden sollte. Sie hat am 17. März 1921 beschlossen, die Entscheidung für die Wohnungsbaubgabe zu treffen, von deren Einführung sie früher abgeraten hatte, weil sie diese Steuer in ihrer damals geplanten Gestaltung für technisch undurchführbar hielt. Nachdem die Verwirklichung der Wohnungsbaubgabe mit der Einkommenshöhe nach der unvollständigen Kassena des Reichsgesetzes beschränkt worden ist, muß die Wohnungsbaubgabe insoweit als durchführbar angesehen werden, wenn sich auch zweifellos bei der Ausführung in einzelnen, insbesondere wegen der notwendigen Restitutions des Friedensmietwertes sehr beträchtliche Schwierigkeiten entgegenstellen werden, die aber auch bei der Durchführung von Grundsteuerzuschlägen infolge der einnennenden Vorschriften des § 9 des Reichsgesetzes vom 26. Juni 1921 — vor allem die Durchführung der Abwälzungsvorschrift und der Verrechnungsvorschriften nach § 3 — in der Praxis schwerlich vorüberhandeln werden.

Die sächsische Regierung und die Wohnungsvorlage.

Ueber die Stellungnahme der sächsischen Regierung zu der letzten Beamtenbeförderungsvorlage des Reiches sind in der Tages- und Fachpresse unrichtige Mitteilungen verbreitet worden. Es ist demgegenüber folgendes festzustellen:

Bei den vorbereitenden Besprechungen in Berlin hat sich die sächsische Regierung trotz Billigung der grundsätzlichen Absichten der Reichsregierung für eine ausdehntere Erhöhung der Bezüge der unteren Beamtengruppen eingesetzt. Tatsächlich sind denn auch die Grundgedanken dieser Gruppen bei den Verhandlungen mit den Gewerkschaften über den ursprünglichen Plan hinaus verbessert worden. Der sächsischen Regierung erschien jedoch diese Erhöhung keineswegs ausreichend. Sie hat deshalb im Reichsrat zunächst zwei Anträge gestellt, um die Bezüge der unteren Gruppen über die Vorlage hinaus zu verbessern, und zwar forderte der erste Antrag die Staffelung der Ausgleichssätze, beginnend mit 25 Prozent für die Gehaltsstufe der Gruppen I—IV, der zweite die Festsetzung eines Mindeststeuersatzes, ebenfalls zugunsten der Beförderungsguppen I—IV. Beide Anträge wurden im Reichsrat nur gegen wenige Stimmen abgelehnt. Da somit die erzielte Verbesserung der Vorlage nicht zu erreichen war, hat die sächsische Regierung im Reichsrat ihre Stimmen gegen das Gesetz abzugeben, während mit Ausnahme von Thüringen, das sich der Abstimmung nach Abgabe einer Protesterklärung enthielt, alle übrigen Länder für das Gesetz gestimmt haben.

Aus der Umgebung.

Der Pegauer Mord vor Gericht.

Am 19. August, früh gegen 1/8 Uhr, wurde in der Schwennide, einem stillstehenden Gewässer zwischen Pegau und Großitz, die Leiche der 1912 geborenen Maria Johanna Berger aus Pegau aufgefunden. Diese Leiche und verschiedene Gerichte, die über diese Angelegenheit in Pegau umgingen, führten zu einem Mordprozeß, der jetzt nach fünfjähriger Verhandlung vor dem Schwurgericht Leipzig beendet wurde. Der Gärtnereigehilfe August A. a. R. e. r. aus Pegau war beschuldigt, seine uneheliche Tochter Johanna in einem Wasserbad im Gewächshaus seiner väterlichen Gärtnerei ertränkt, sie bis zum andern Morgen verdeckt und gegen 1/4 Uhr früh in einem Sack auf dem Rad nach der Schwennide geschafft und dort ins Wasser geworfen zu haben. Der Angeklagte bestritt, der Täter zu sein. Er wußte das Kind an dem betreffenden Tage nach der Bahn geschickt haben, um seine Großmutter abzuholen. Ein Zeuge sagt aus, er habe am Morgen des 19. August einen Mann mit einem schweren Sack auf dem Rücken aus dem Kletterischen Grundstück kommen und auf dem Rad in der Richtung nach dem Fundort fahren sehen. Erkennt hat er den Betreffenden nicht. Das medizinische Sachverständigengutachten ergab, daß das Kind 1—2 Stunden nach dem Genuß von Kohlrabigemüse getötet wurde. Diese Speise hat es am 18. August, mittags 12 Uhr bei seiner Großmutter gegessen.

Ein gewaltiger Zeugenapparat war aufgebaut. Es kam zu den widerstreitendsten Aussagen. Ein Zeuge wollte das Kind um die Zeit seines Verschwindens in Begleitung eines unbekannten Mannes gesehen haben. Er hielt aber diese Aussage nicht für richtig. Auch wurde seine Glaubwürdigkeit von andern Zeugen angezweifelt. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage auf Mord und erkannten auf Totschlag. Rester wurde zu 10 Jahren Zuchthaus und 10jährigem Ehrenrechtsverlust verurteilt. 1 Jahr der erlittenen Unterbringungshaft wurde ihm angerechnet.

Thella. Daß in einem Arbeiterorte wie Thella eine sozialistische Mehrheit nicht zustande gekommen ist, ist leider bedauerlich. Hier herrscht noch der sogenannte Lokalpatriotismus, zu dem sich namentlich Mitglieder des Allgemeinen Turnvereins (Deutsche Turnerschaft) betonen. Schon in früheren Jahren dominierten

in der Mehrzahl Mitglieder dieses Vereins im Gemeinderat und Schulvorstand. Sie waren schon damals Gegner der sozialistischen Bewegung, namentlich der Jugendbewegung. Trotzdem in der Mehrzahl dem Turnverein gewerkschaftlich organisierte Arbeiter angehören, haben diese sich doch noch nicht aufschwingen können, bei der Gemeinderatswahl sozialistisch zu wählen. Sie lassen sich durch einige Kerngröße ihres Vereins ins Schlepptau der bürgerlichen Parteien nehmen und stellen eine eigene Liste auf, um die Arbeiterbewegung im Orte zu schädigen. Diese „parteilose“ Liste wurde bei der Auszählung als Liste A bezeichnet, weil man jedenfalls damit gerechnet hatte, die verhasste USP. an Stimmenzahl zu übertreffen. Die Hausbesitzerliste wurde unter B, die USP. unter C und die APD. unter D aufgeführt. Hier zeigte sich so recht der Lokalpatriotismus. Auch sehr viele Frauen haben sich von den verkäppelten Orgelschreibern erlangen lassen und haben die Liste A gewählt. Da im hiesigen Orte nur ein Turnverein besteht, gibt es aber noch sehr viele sozialistische Arbeiter, die ihre Söhne, Töchter und Kinder in den Allgemeinen Turnverein zum Turnunterricht schicken. Hier sollte einmal der Hebel angelegt und dem Turnverein bewiesen werden, daß seine Mitglieder sich nicht als Schlepptreuer für die bürgerlichen Parteien betreiben lassen. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter des Allgemeinen Turnvereins sollten sich doch einmal überlegen, ob es nicht angebracht wäre, dem Allgemeinen Turnverein den Rücken zu kehren und sich dem Arbeiterturn- und Sportbund anzuschließen, um als Arbeiter der Arbeiterschaft zu dienen. Da sich vor einiger Zeit schon ein Sportverein gegründet hat, wäre es zeitgemäß, wenn auch in Thella die Arbeiterturn- und Sportbewegung gefördert würde.

Tausch. Morgen Dienstag, den 29. November, findet eine öffentliche Wählerversammlung statt, in der der Reichstagsabgeordnete Arno Buchardt über Gemeindepolitik und die Gemeinderatswahl sprechen wird. Es müssen sich Wähler und Wählerinnen von den Forderungen der Parteien überzeugen, um zu erkennen, wem sie bei der Gemeinderatswahl am 11. Dezember ihre Stimmen geben müssen:

kr. Veulsh. Daß von der Gemeindeparkasse rund 1 1/2 Mill. Mt., genau 1 240 452,87 Mt. im Monat Oktober abgehoben wurden und nur die Hälfte davon, 620 117,88 Mt. eingezahlt wurden, ist ein Beweis für die Schmierigkeiten, mit denen die „kleinen Sparrer“ kämpfen müssen und ein beides Zeugnis für die Erhöhung des Sparfusses durch die gegenwärtige planmäßige Bewachung des Volkes. Das Volk kann sich eben nicht anders durchhelfen, als mit dem für ganz traurige Zeiten zurückgelegten Notpfennig, der außerdem früher bei der Einzahlung einen höheren Wert darstellte als heute bei der Rückzahlung. 225 Bücher wurden gelöst, nur 98 wurden neu eröffnet.

Veulsh. Alle Kinder, die nächste Ostern schulpflichtig werden, sind an den nachfolgenden Tagen nachmittags 2—4 Uhr in der Schule anzumelden: Donnerstag den 1. Freitag den 2., Montag den 5., Dienstag den 6. und Mittwoch den 7. Dezember. Vorzulegen sind der Geburts- und Taufschein, an deren Stelle auch das Familienstammbuch, und der Impfschein.

Dehlsmarktsberg. Elternabend. Um den Eltern bei der Auswahl von gutem Spielzeug für den Weihnachtstisch behilflich zu sein, wird morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, Herr Dr. Reumuth in der Dehlsher Schule einen Vortrag über gutes Spielzeug halten. In einer anschließenden Ausstellung ist den Eltern Gelegenheit geboten, wertvolles Spielzeug zu besichtigen und zu kaufen.

Wütha. Wähler und Wählerinnen! Mittwoch, den 30. November, abends 8 Uhr, findet in Stadt Leipzig unsere erste Wählerversammlung statt. Genosse Pflieger spricht über die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen und Genosse Grödel und Heinz werden Bericht erstatten über die Tätigkeit der USP. im Stadiparlament.

Wähler und Wählerinnen! Es ist eure Pflicht, in dieser Versammlung in Massen zu erscheinen.

Viebertowitz. Der Arbeiter-Stenographenverein „Vorwärts“ Leipzig beabsichtigt Sonntag, den 4. Dezember vormittags 10 Uhr, im Scharner Hof einen Anfängerkursus im Spitem Gabelberger zu beginnen. Die Kosten für diesen Kursus betragen 25 Mark (nicht 52 Mark) und 5 Mark für Lehrmittel.

Wiederau bei Pegau. Am 4. Dezember findet Gemeinderatswahl statt. Wie wird diesmal die werklätige Einwohnerschaft wählen? Widen wir auf 1919. Zur Revolution gab es einen radikalen Bauern, Herrn Artur Fuchs. Der Mann war ganz radikal. Er setzte sich nicht mehr zu den anderen Bauern an den Bierisch. Er trat aus der Zuchtzullenengensenschaft aus. Er las „Jogar“ die Leipziger Volkszeitung. Die Leute fragten damals, warum der Mann so radikal war. Einige meinten, er will in den Gemeinderat. Andre sagten, er hat Angst vor den „Koten“. Er denkt, die brennen ihm alles nieder. Dieser Arbeiterrevolutionär kam in den Gemeinderat. Aber nun kummerie er sich nicht mehr um seine Wählerkraft. Als die Arbeiter von der Gemeinde Ost pachten wollten, stimmte er mit den andern Gutsbesitzern und dem Gemeindevorstand rücksichtslos die Forderung nieder. Die Arbeiterschaft kennt heute diesen radikalsten Arbeiterrevolutionär. Sie weiß, wie sorgfältig er die Arbeitlosen behandelt hat. Wer den Mann noch nicht kennt, der frage die Pegauer Zeitungszrau, was die erzählt. Beim Zeitungszrauen hatten die Hunde bei Fuchs ihr Kot und Strümpfe zerissen. Die Frau wollte nicht mehr hingehen. Da beschwor sie Herr Fuchs. Einmal Sonntags kam er mit dem Gesangbuch in der Hand aus der Kirche. Da traf ihn die Zeitungszrau und sagte, eigentlich kann ich Sie wegen des Schandens anzeigen. Was sagte Herr Fuchs? Anzeigen, da ham Sie den . . . dieß zu weit hinten! Das ist Herr Fuchs, Gutsbesitzer und Gemeindevorstand in Wiederau. Wenn am 4. Dezember die Arbeiterschaft wählt, dann kennt sie ihre Liste.

Berichtungs-kalender.

- Dienstag, den 20. November:
 - Wählerversammlung, Tausch, Goldner Löwe 8 Uhr.
 - USP. Alt-Leipzig, Volkshaus 8 Uhr.
 - USP. Mader, Carolabau 1/2, 8 Uhr.
 - Metallarbeiter, Textilhalle 8 Uhr.
 - Puchbinder usw., Vanthron 8 Uhr.
 - Werktätigerverband, Sellenteller 7 Uhr.
- Mittwoch, den 30. November:
 - USP. Veulsh, Water Zahn 8 Uhr.
 - Metallarbeiter, in der Textilbranche, Volkshaus 7 Uhr.
 - Schmeide, Volkshaus 7 Uhr.
 - Malerverband, Volkshaus 7 Uhr.
 - Wäschearbeiterinnen, Volkshaus 8 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

- A. E. 26. 1. Ja, die Eintagung ist erforderlich. 2. Ueber die Höhe der Kosten gibt Ihnen das Amtsgericht Auskunft. — 2 Mt. Parteilose.
- E. A., Schneiseid. Stellen Sie zunächst einmal Schadenersatzanspruch und warten Sie die Antwort der Verwaltung ab. Erst dann können Sie überlegen, ob Sie den Klageweg beschreiten wollen.
- B. A., Chorinstraße. Sehen Sie zunächst einmal nach, wie die Vereinbarungen über die Vornahme von Reparaturen in Ihrem Vertrage lauten. Haben Sie die Verpflichtung übernommen, Reparaturen auf Ihre Kosten ausführen zu lassen, so können Sie den Betrag nicht von der Miete kürzen. Ueber die Höhe der Miete müssen Sie das Mietlingsungsamt entscheiden lassen. — 3 Mt. Parteilose.
- H. B. 1. Der Wozug kommt auch erst ab 1. April 1922 in Frage. 2. Weder durch Reichsgesetz noch durch Landesgesetz sind die beiden Tage als Feiertage erklärt worden. Es ist aber zu erwarten, daß sie in Sachsen gesetzliche Feiertage werden.

„Frühzeit“

Eine Proletenautobiographie. Von Oskar Maria Graf.

Nachdruck verboten.

„Zur besonderen Verwendung“

Die ersten Tage verliefen, ohne daß man richtig Notiz nahm von mir. Dann wurde ich als Ordnungsmittel verwendet, mußte im Bureau sitzen und Telegramme zur Post tragen. Meistens blühte ich — obwohl die Post höchstens zehn Minuten entfernt war — sehr lange aus. Mich interessierten die Teetuben, die Volkstypen und die verblühten Häuser viel mehr. Ich suchte die umgetrennten Räume durch, schnüffelte nach Büchern und las sie. Es fragte auch kein Mensch nach mir. Ich schien unverwundbar zu sein. Der Diener des Majors wurde krank. Ein anderer war nötig. Jeder machte sich weg. Keiner hatte Lust, den Posten zu übernehmen und sich wegen der geringsten Kleinigkeit einperren zu lassen. Bepert, der Unteroffizier, kam zu mir und sagte gewichtig: „Graf, du mußt Majorsdiener werden. Mach' dich fertig, und geh hinauf zum Major. Aber stell' dich nicht so dumme, sonst müssen wir uns alle schämen, und ich kann wieder die Suppe für alles ausfressen.“

Ich tat wie mir geheiß, zog mich an, ging zum Major hinauf. „Befehl, Herr Major, — Verzeihung, ich soll Ihr Diener werden“, sagte ich und stellte mich stramm, legte die Hand an die Hosennaht.

Der Major maß mich, sagte sein langgedehntes: „Ja.“ Ich stand einen Augenblick unschlüssig und sagte atobahn flüsternd: „Ich möchte Herrn Major bitten, lassen zu dürfen, daß ich kein Talent dazu habe. Ich habe noch nie eine solche Stelle gehabt.“

„Das müssen Sie eben lernen“, sagte der Major kurz und entlich mich. Ich ging hinunter, legte mich auf meine Matratze und las weiter. Der Unteroffizier kam und sagte: „Bist du kein Diener?“

Ich nickte. Bepert lachte, machte aber sogleich wieder ein ernstes Gesicht und meinte wohlwollend: „Das ist ja nicht so schlimm, wenn man den Major zu nehmen versteht. Ein kleiner Posten! Brauchst den ganzen Tag nichts tun.“ Ich räsonierte: Das mag ich nicht lang, dafür garantier ich. Glaubt ihr vielleicht, ihr könnt mich stricken?“

Das Bepertsgesicht wurde jorntrot: „Soll ich vielleicht den Diener machen! Ich kann doch nichts dafür, wenn ich vom Leutnant den Befehl erhalte.“

„Geh“, sagte ich höhnisch und drehte mich um. „Ihr seid lauter falsche Kerle.“ Schon sprang Bepert auf und pustete: „Mach's anders! Mich geht's nichts an. Ich will dir nichts.“ „Ist schon gut, schon gut“, höhnte ich und verließ mich in mein Buch. „Wird ja sehen, wie schnell ich dein Majorsdiener mehr bin.“ Das gab Bepert den Kopf. Er rannte davon und schlug die Türe mit aller Gewalt zu.

Der Offizierskoch kam und sagte, ich müsse ihm helfen. Ich ging mit ihm in die Küche hinauf. Er zeigte mir das Servieren. Dann kamen die Herren zum Essen und die Sache begann. Ich war sehr datterig, versorgte die Suppe, streifte mit dem Löffel, beim Hinüberreichen ins Gemüse und war hilflos dieser diffizilen Arbeit gegenüber.

„Ich bin doch Trautsohn und Stallknecht. Was habe ich mit solchem Zeug zu tun“, petterte ich beim Koch. Das war ein bleiderer Kumpfermeister aus Berlin. Er schnitt ein Stück Fleisch ab, stellte es mir hin: „Frisch, Mensch! Nur die Ruhe. Nur die Ruhe!“ Ich ah und schmeig.

„Morgen wird verladen“, sagte Bepert. „Die Offiziere fahren heut' schon weg, du mußt mit dem Major im Auto mit.“ Ich ging zum Koch hinauf. Der Major sah zur Türe herein, rief mich. Ich folgte ihm in sein Zimmer.

„Warten Sie meine Sachen zusammen, und machen Sie sie fertig“, befahl er, sah mir zu. Als ich seinen Koffer fertig hatte, legte er sich an den Schreibtisch und las.

„Und dann meine graue Kaffeekanne suchen Sie mir in der Küche“, sagte er, mir den Rücken zugewandt.

„Befehl, Herr Major“, sagte ich beflissen und verschwand in die Küche. Ich hatte nicht verstanden. Und nun ging das Suchen in der Küche an.

Endlich hatte ich das, was ich verstanden hatte. Es war eine graue Zetsenlaterne. Ich trat in das Zimmer des Majors: „Befehl, Herr Major!“ und hielt die Laterne hin.

Der schlug die Hände über dem Kopf zusammen: „Ich hab doch gesagt die graue Kaffeekanne!“ Er sah mich groß an. Ich stand schweigend.

„Geh'n Sie hinunter. Ich kann Sie nicht brauchen!“ brummt er jodann. Ich machte eine ungeschickte Wendung und ging zu der Türe hinaus. Damit war meine Dienerschaft erledigt. Ich war wieder das fünfte Rad am Wagen unsers Stabes. Wir kamen nach Anda. Als wir dort abjagen, kam es zu einem willkürlichen Zusammenstoß zwischen mir und Bepert. Von da ab waren wir Feinde. Ich sollte ein Schloß zum Vorhängen suchen und warf zu guter Letzt dem Herrn Unteroffizier, der mir sehr aufdringlich zu Leibe rückte, alles hin, was mir in die Hände kam, bedrohte ihn aufs schimpflichste und rannte ihm mit gezogenem Bajonett nach. Er lief wie ein Hase und schrie aus dem verschlossenen Wagen: „Das kostet dich Festung, paß auf!“

„Reinetwegen stellt ihr mich an die Wand!“ brüllte ich und ging in meinen Waghagen zu den Pferden. Wir fuhren durch des, schilfengrabenbüchsrudtes Land und landeten in Boca Das war ein Schloß und eifische Häuser. Ein Weibher war in der Nähe. Es ging schon in den Frühling. Ich schlug mit meinen Pferden ein eniferntes Quartier auf. Bepert meldete nichts.

Es gab schöne, saule Tage und eine drückende Langeweile. Ich lag den ganzen Tag in meiner Hängematte, die ich mir irgendwo aufgetrieben hatte, und las. Eines Tages ging es weiter vor. Ungefähr 50 Kilometer vor Romona. Wir hatten köndiges Wagenquartier. Von fern donnerten die Kanonen, und wenn ein klarer Tag war, hörte man sogar das Rattern der Maschinengewehre. Vor uns lagen die unsern Stabe unterstützten Eisenbahntankompanien. Breuken.

Da kam es auch zu Verlusten. Eine Kompanie, die sehr weit vorne war, litt besonders. Es gina wieder weiter zurück. Dann plötzlich fiel Romona. Der Major soll als Erster mit dem Auto drinnen gewesen sein und nachher dafür das Eisenkreuz erster Klasse erhalten haben.

(Fortsetzung folgt.)

Bücherchau.

Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Herausgegeben von Professor Dr. L. Eiser, Professor Dr. W. Weber und Professor Dr. F. Wieser. Vierte, gänzlich umgearbeitete Auflage. Verlag von Gustav Fischer, Jena.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Weltkrieges haben die Herausgabe von umfangreichen Enklopädiendbüchern äußerst erschwert — die gewaltige Verteuerung der Bücher erhöht den Preis solcher Sammelwerke zu einer Summe, die nur noch wenigen erschwinglich ist. Zugleich ist aber gerade das Bedürfnis nach solchen Handbüchern des Wissens stark gestiegen; denn der Weltkrieg und die Revolutionen haben auf den verschiedensten Gebieten große Um-

wälzungen mit sich gebracht, so daß die vor dieser Zeit erschienenen Werke dieser Art heute veraltet, überholt, zum mindesten stark ergänzungsbedürftig sind.

Es ist daher sehr zu begrüßen, daß die Herausgeber und Verleger eines großen, unentbehrlichen Wertes sich durch die großen Schwierigkeiten nicht hindern ließen, eine neue Ausgabe herauszubringen.

Das Handwörterbuch der Staatswissenschaften erscheint in vierter Auflage. Der Verlag erleichtert den Bezug durch Herausgabe in Lieferungen zum Preise von je 15 Mk. — etwa 100 sollen die 8 Bände bilden, die das große Werk schon bisher hatte. Sein Ruf ist fest begründet. Es ist ein anerkanntes wissenschaftliches Hilfsmittel, das den weiten Kreis der Staatswissenschaften mit einer Vollständigkeit umspannt, daß der Suchende es fast niemals ohne Aufführung aus der Hand zu legen braucht. Die einzelnen Artikel geben in der gebotenen Kürze meist alles wesentliche; wer tiefer dringen will, erhält in ihnen den Hinweis auf die einschlägigen Spezialwerke. Die Herausgeber bestreben sich strenger Objektivität gegenüber allen verschiedenen wissenschaftlichen Richtungen; was in diesem Gebiet, wo die Politik starken Schlagschatten auf die „reine Wissenschaft“ wirft, von ganz besonderer Bedeutung ist. Natürlich wird dem Sozialisten an einem Worte deutscher Universitätsprofessoren der Staatswissenschaften immer dies und jenes fehlen, und manches wird er anders wünschen — aber er wird das Streben nach Objektivität und die Brauchbarkeit des Wertes anerkennen müssen.

Behandelt werden, wie schon in der dritten Auflage, die wirtschaftlichen und sozialen Staatswissenschaften, also Volkswirtschaftslehre, Volkswirtschaftspolitik, Gesellschaftslehre, Sozialpolitik, Finanzwissenschaft und Statistik, während die übrigen Staatswissenschaften, insbesondere die juristischen Disziplinen, nur soweit berücksichtigt sind, als sie zum vollen Verständnis der im Handwörterbuch behandelten Gebiete notwendig sind.

Aus dem Weltkrieg folgt, daß eine ganze Reihe von Artikeln über die Kriegswirtschaft und ihre Lehre, über die Kriegsanlagen, die Kriegsbefähigung und Kriegsoberflächenforschung usw., ferner über die Friedensverträge und ihre Einwirkung auf das Wirtschaftsleben aufgenommen werden mußten.

Die Umwälzung des Arbeiter- und Angestelltenrechts unter den Wirkungen des Krieges, und der Revolution hat eine weitgehende Umarbeitung und teilweise Neupostellung der herber gehörigen Artikel bedingt — zum erstenmal erscheint z. B. der Artikel Betriebsräte.

Auch die durch den Krieg umgestalteten Finanzverhältnisse des Reiches, der Länder, der Gemeinden, wie des Auslandes, die vielen neuen Steuern werden eingehend behandelt. Der Prospekt verspricht außerdem eingehendere Darlegungen, als in den älteren Auflagen, über alle wichtigeren Industrien. Ein ausführliches Sachregister soll den Abschluß des 8. Bandes bilden. Ende des Jahres 1922 soll das Werk vollständig sein.

Die Lieferung 1 enthält die Artikel Album — Aktienwesen. Hervorgehoben sei der ausführliche, gut unterrichtende Artikel über den Aktienmarkt, der die neueste Entwicklung berücksichtigt, und auch einen ausgehenden Literaturnachweis bringt. Ferner die eingehenden Artikel über Arbeiter- und Angestelltenrecht, unter denen der über die Arbeitsreform in Rußland, der nach einer Darstellung der russischen Bauernfrage und ihrer Zulassung in der Revolution 1905/06, die Stöpsinsche Reform von 1910 schildert und in einem Nachtrag die Arbeitsfrage und ihre Regelung in der ersten Phase der Revolution von 1917 und dann ihren letzten Stand unter den Volkswirkeln behandelt besonders aktuelles Interesse hat.

H. B.

Kleine Chronik.

Ludwig Hardt, der am Sonntag vormittag im Schauspielhaus registrierte, bot seinen Hörern erlesenen Genuß. Vielleicht ist manches bei diesem Sprecher schon zu sein abgestrikt, zu sein für einen größeren Kreis. Aber auf jeden Fall ist die Weisheit außerordentlich. Von der jartesten April bis zur herbsten Satire und drahtlichsten Komik steht diesem Künstler in Ton und Gestalt alles zur unbedingten Verfügung. Brächtig, wie er die liebenswürdigen, heffinnigen Abersenschen Märchen bis zur letzten Nuance auszuköpfen weiß; bewundernswürdig, wie er den derben Humor des sthübübischen niederdeutschen Bauernmärchens vom „Wettloß tüschen Has und Swinegel“ befaßlich aufleuchtet läßt. Viel Feines gab er auch in den Gedichten von Claudius (deren Wiederauftauchen in dieser Art wohl auch als eine Frucht der vom rauhen Klassenkampfem Erbrechen in die Psyche der Vergangenheit zu deuten ist) und in dem psychologischen Kleinmalereien Kafkas. Scherbaris Grotesken leiteten dann über zu köstlichen Karrikaturen bekannter Bühnengrößen, die tosende Heiterkeit entlockten — wie er als Wallenberg kam, dessen Art und Unart noch frisch in der Erinnerung ist, war die Echtheit zum Umwerfen; Lachkrämpfe erschütterten Parkett und Ränge. Es war schon vom Künstler, daß er diesen stärksten und leichtesten Erfolg nicht weiter ausnützte, sondern dem laut verlangend applaudierendem Hause als Zugabe erst-ebte Verse von Allencron auf den Weg gab.

H. B.

Berthtesgadener Bauerntheater. Im Kleinen Theater spielten die Berthtesgadener Sonntag nachmittag Anzengrubers immer junge Kreuzschreiber. Was ich nach der Aufführung des Ledigen Hofs schrieb, bestättigte sich. Hier, wo das bäuerliche Leben kräftiger und unmittelbarer pulsiert, als in dem nachdichtlichen und konstruierteren Stück, hier, wo die Spieler ihre Stammesart besser ausleben können, hier geriet ihnen Erfreulicheres. Sie werden freilich eine gute Aufführung eines guten Theaterensembles im ganzen nicht erreichen, auch nicht in Anzengruberschen Bauernlieden, aber dafür werden sie gewisse Einzelheiten und Abschnitte unmittelbarer, erdechter, als der nichtbäuerliche Darsteller uns vermitteln können. Und das ist ihre Lebensberechtigung in der Großstadt, wo sie zugleich der Bühnenkunst Anregungen zur Revision und Aufrechterhaltung ihrer Bauerngestalten zu geben vermöge. Allerdings muß dabei Aufmerksamkeit auf Echten gut unterbleiben werden. — Steffl Steffen bewies auch diesmal, in der kleineren Rolle der Kellnerin Vess, daß sie ursprüngliches Theaterertalent ist. Martil Beer und seiner Partnerin geriet gar Chegwilt recht gut, wenngleich Anno Schwarz zumest über die Deklamation nicht hinauskommt. Der Steinkloppferhanns des Herrn Hugo Schwarz hatte ansprechende Züge und natürlichen Humor; der Vortrag seiner Lebensphilosophie glückte freilich nicht völlig. Die geschloffenste Leistung war der alte Brenninger des Herrn Reitenbed, der wirklich ans Herz griff. Sehr eck in ihrem Ungeßlim waren die Raufhauen. Zum Schluß gab es einen gar künstlich verschlungenen Schlußplattler-Reigen, der recht hübsch anzusehen war.

H. B.

Operettentheater. (Die lustigen Nibelungen.) Nach mehrjähriger Pause hat Josef Groß dies köstlich ungezogene Kind lecher Laune und prädelnden Uebermuts wieder herangezogen. Was dankbar anerkannt werden muß. Die frisch-frechen Verse von Nibeamus und die burlesk-geistvollen Welsen von Oskar Strauch geben einen Zusammenklang, der immer wieder das Zwerchfell erschütternd packt. Und die Aufführung verhilft zu einem fast ungetriebenen Genuß — wenn man gewisse Mängel unseres Operettensembles gottgeraden als zur Zeit unänderlich hinnimmt. Jedenfalls hat Josef Groß sich mit Inzenierung

und Darstellung große Mühe gegeben und recht Amüßantes zustande gebracht. Theresie Wiet war überwältigend als rasende Brunhilde — der Jammeregestalt des Gunther gab Rudi Gasser soviel Dämlichkeit und Albernheit, als nur in ein Menschenbild hineingeht. Krullig das Schimpfbuch und der Zweikampf der beiden — das padende Spiel entschädigt für mangelnden Gesang. Bei dem andern Paar, Margarete Köhner und Erich Sudmann (Kriemhild und Siegfried) ist beinahe umgekehrt, vornehmlich beim männlichen Teil. Der freilich schon einiges gelernt hat. Recht gelungen war der Hagen des Herrn Steinberg — den großen Monolog sprach er mit allerlei fühlenden Unterstellungen. Eine Ue von zwingender Komik gab Emmy Navarra. Im ganzen wars famos.

H. B.

Neues Theater. Stefan Kapoff sang zum ersten Male die Rolle des Rigoleto. Alles, was der Künstler an Kultur der Stimme und des dramatischen Gestaltens beifit, tritt hier in das hellste Licht. Sein Rigoleto fällt sich ebenso frei von Karikierung wie von pathetischer Ueberreizung, und so wird seine Tragik zu einem überzeugenden und ergreifenden Erlebnis. Man kann sich kaum eine glücklichere Lösung der schwierigen Aufgabe denken, die Kräfte der Rolle künstlerisch zu rechtfertigen, als sie der Künstler bot.

Pz.

Fidelio. Aufführung für das Arbeiter-Bildungsinstitut. Mit dem Fidelio steht Beethoven schon ganz auf dem Boden der Romantik. Alle die Empfindungen, die in der Zeit des „Sturmes und Dranges“ die Gemüter der damaligen Menschheit ergriffen hatten, und die nun das beginnende 19. Jahrhundert begeisterten, Freiheitsliebe, Brüderlichkeit und Haß gegen ungerechte Bevchtung, sie wußte der glühende Republikaner Beethoven in einige musikalische Form zu fassen. Und zu kaum einer andern Zeit kann das Werk so lebendig sprechen wie zu unsern. — Die Aufführung traf vorzüglich den Geist der romantischen Meisteroper. Solisten und Orchester gaben ihr Wertes, und so wurde der Arbeiterchaft ein wehwooller Abend geboten, der ihrem Empfinden wahrhaft nahe kam.

Pz.

Otto Ernst las am Sonnabend im Städtischen Kaufhaus aus seinen neuesten Werken. Ein prächtiges sonniges Gemüt, das scheinbar von dem Kummer der Zeit unbehelligt geblieben, gab von seinem Ueberflug. Die Zuhörer, die überdies in nicht allzu großer Zahl erschienen waren, standen voll unter dem Eindruck des Stoffes. Zwei Stellen aus dem Roman Hermann und Dorothea den Mittelpunkt des Abends, am Schluß folgte das bekannte Winterjournalmärchen. In dem Romankapitel „Umma schilberte er eine Sekundantenlebe, eine erste Liebe zu einem kleinen Mädchen mit großen tiefen Augen, die sich später als ganz raffiniertes Ding entpuppt. Hier vermischen wir die Einstellung des echten Pädagogen. Ueber eine solche Jugendliebe urteilt vielleicht ein fernstehender, verständnisloser Mensch in ironischem und lächerlich machendem Tone, aber der Erzähler weiß doch, daß diese ersten Neigungen zweier junger Menschenkinder die zarteste, feinfühligste Behandlung erfordern. Jedenfalls ist es keine „heitere“ Angelegenheit. Das Weihnachtsmärchen wärmte man sollte es sich vor einem glühenden Kaminofen lesen; womit nicht gerügt sein soll, daß sich unsere Winterjournalmärchen mit denen Otto Ernst's decken.

K. W. Sch.

Wünsch's Puppentheater führte in der vergangenen Woche ein Puppenpiel auf, an dem jeder, der es begehrt, über seine helle Freude hatte: Hansel und Gretel. Das Märchen wurde den kleinen hungrigen Augen in der Nachmittagsvorstellung vorgeführt. Nach der Bearbeitung von Humperdinck mit den diesen bekannten Melodien wirkte das Gesamtbild ganz und gar sympathisch. Ein geschickt eingeschobener, von Frau Wünsch selbst abichteter Zwischenaft aus der Hexentanz machte das Ganze so recht geeignet für die Marionettenbühne. Damit möchte ich jedoch das Stück unsern Kindergruppen nicht empfehlen. Die starke Hervorhebung religiöser Momente, namentlich das Gottvertrauen, mit dem das Stück ausklingt, macht dieses Märchenpiel für unsere Kleinen ungeeignet.

K. W. Sch.

Städtische Theater. In der am Dienstag, dem 29. November, im Neuen Theater stattfindenden Aufführung Rheingold fing Kammerlingerin Ernestine Färber-Straßer zum ersten Male die Frikla.

In der Zeit vom 29. November bis 6. Dezember kommt Rich. Wagners Ring der Nibelungen und zwar: Dienstag, den 29. November Rheingold; Freitag, den 2. Dezember, Walküre; Sonntag, den 4. Dezember, Siegfried; Dienstag, den 6. Dezember, Götterdämmerung zur Aufführung. Eintrittspreise für den geschlossenen Ring sind von Sonntag, dem 27., bis Dienstag, dem 29. November, an der Tageskasse zu haben.

Donnerstag, den 1. Dezember, wird Franz Werfels magische Trilogie Spiegelmensch, die andere Verpflichtungen wegen zurückgestellt werden mußte, wieder in den Spielplan aufgenommen. Die Vorstellung findet außer Anrecht statt, so daß alle Plätze zum Verkauf zur Verfügung stehen.

Sonnabend, den 3. Dezember, nachmittags 3 Uhr, beginnen die diesjährigen Märchenaufführungen im Alten Theater. Gespielt wird — zum ersten Male — Schneewittchen, Dichtung und Musik von Emil Alfred Herrmann, dem bekannten Verfasser von Rotkäppchen. Der gestellte Kater und Das Gotteskind. Schneewittchen ist Maria Gard, die Königin Tilla Hesse, der Prinz Margarete Anton, der alte Heinrich Lothar Körner, der Jäger Wilhelm Ernst. Die sieben Zwerge sind Herta Kolb, Josefa Morgen, Alice Hirsch, Thea Kahn, Edith Boden, Herbert Hidel, Dorothea Dolla. Inzenier: wird das Märchen von Dr. Adolf Winds. Die musikalische Leitung hat Georg Kiebig.

Sonntag, den 4. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, gelangt Wilhelm von Scholz's neueste dramatische Arbeit, das Schauspiel Der Weiffauf mit dem Schattien zur Erstaufführung. Die Hauptrollen werden gespielt von Thessa Wenk, Fritz Reiff, Herbert Bühner; Inzenierung: Karl Huth.

Papa Kleiner Märchenspiele. Rühzahl 2. Teil. Seit Sonntag, den 27. November, gelangt der zweite Teil des für die Puppenspiele umgearbeiteten Märchens Rühzahl zur Aufführung. Hat der erste Teil freudige Aufnahme gefunden, so wird auch der Schluß die kleinen Freunde gewinnen. Sie sehen, wie Rühzahl seinen Enomen Spielzeug macht und sich an ihrem kindlichen Spiel freut. In diesem Zeitvertreib kommen drei Wanderburschen und höchsten Rühzahl, dürfen aber dafür am eigenen Leib erfahren, daß sich der Verneiß solcher Spott nicht eignen läßt. Sie sehen weiter, wie sich Rühzahl auf die Suche nach seinem ungeratenen Sohn begibt, dabei den braven Hausknecht Morix aus dem Gasthaus zum grauen Esel trifft und ihn, weil er ein treuerherziger Kerl ist, an Sohnes statt annimmt. Der letzte Akt spielt um die Weihnachtszeit im Gebirge. Rühzahl hat wieder Zutrauen zu den Menschen, bringt den Lichterbaum, verzehrt seinem unbandbaren Sohn und schenkt ihm das Schwesterchen zurück.

Was dazwischen liegt, gesprochen, gesungen und gespielt wird, müssen sich unsere Kinder selbst ansehen und den andern weiterhelfern. Wir erinnern nur, daß Papa Kleiner Sonntags drei Vorstellungen gibt, die um 2, 5 und 8 Uhr beginnen, an den Wochentagen (außer Sonnabend) wird nachmittags 1/4 Uhr ansetzen. Die Märchenspiele sind immer noch im Handelshof, Grimmaische Straße.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut für Leipzig

Erläuterungen zum Entwurf des Agrarprogramms.

Von Karl Marchionini.

III.

Mittel- und Kleinbetriebe.

Nach der Betriebszählung vom Jahre 1897 gab es im Deutschen Reich 5 712 516 Betriebe unter 100 Hektar. Durch den Friedensvertrag hat sich die Zahl der Betriebe um 10,18 Prozent vermindert. Es sind somit, wenn man den Berechnungen die Zahl von 1897 zugrunde legt, 5 109 989 Betriebe verblieben. Als Klein- und Mittelbetriebe kann man die Betriebe von 2 bis 100 Hektar Bodenschläge bezeichnen. Natürlich ist das kein allgemein gültiges Schema, sondern nur ein ungefährer Maßstab. Nach den Berechnungen von Agrarwissenschaftlern kann eine Bodenschläge von 1000 Quadratmetern, wenn sie intensiv bewirtschaftet wird, einen Menschen ernähren. Eine Familie von 5 Köpfen würde also schon von dem Ertrag eines halben Hektars (2 preussischen Morgen) leben können. Und Betriebe von 1 Hektar könnten schon Ueberflüsse abwerfen. Auf diesem hohen Stand stehen wohl nur wenige Kleinbetriebe, von den Großbetrieben ganz abgesehen. Doch die sozialste Bedarfswirtschaft muß die Produktion auf diese Höhe bringen. Heute gibt es noch viele Wirtschaften über 2 Hektar, die nicht mehr produzieren, als sie selbst verbrauchen. Es gab nach der Betriebszählung von 1897:

Table with 2 columns: Betriebsgröße (unter 5 Ar, von 5 bis 20, 20, 50, 50 Ar bis unter 1 ha, 1 ha) and Anzahl Betriebe (488 181, 824 040, 821 830, 846 955, 647 454). Total: Insgesamt 3 378 509 Betriebe.

Diese 3,2 Millionen Betriebe, im jetzigen Deutschland werden es drei Millionen sein, waren 58,6 Prozent aller Betriebe. Bei dem heutigen Stand der Produktion kommen sie als Ueberflüssigbetriebe nicht in Frage. Man braucht sie deshalb auch nicht zu nächst dem allgemeinen Wirtschaftsplatz zu unterstellen. Wohl aber muß ihnen die Gesellschaft Bestand leisten, damit sie ihre Betriebe leistungsfähiger gestalten können und damit die soziale und wirtschaftliche Lage der Familien dieser Kleinbetriebe gehoben werden kann.

Die 3 378 509 Betriebe unter 2 Hektar hatten auch nur eine Bodenschläge von 1 781 311 Hektar. Es sind vor allem die Betriebe von 2 bis 100 Hektar, die als Klein- und Mittelbetriebe dem Wirtschaftsplatz zu unterstellen sind. Nach der Betriebszählung von 1897 gab es 2 329 907 solcher Betriebe und sie hatten eine Bodenschläge von 23 048 545 Hektar. Im jetzigen Deutschland werden diese bäuerlichen Betriebe einen Boden von 21 Millionen Hektar haben; die Inhaber dieser Mittel- und Kleinbetriebe sind im Besitz des größten Teils des Grund und Bodens. Sie verfügen somit über eine gewaltige wirtschaftliche Macht, und wer da glaubt, daß man einfach über ihre Köpfe hinweg die Sozialisierung ihrer Betriebe betreiben könnte, der irrt. Heute will der größte Teil dieser Betriebsinhaber vom Sozialismus, insbesondere von der Sozialisierung seiner Betriebe nichts wissen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse können sich auch für die Betriebe verschlechtern, denn die Grundlage dieser Betriebe ist die Papiergeldwirtschaft, ein sehr wankender Boden.

Die Sozialisierung dieser Betriebe kommt aber noch nicht in Frage. Es kann auf dem Lande nur stappweise sozialisiert werden. Erst kommen die Großbetriebe dran. Sind hier muster-gültige Wirtschaften geschaffen, ist der Aufbau der Betriebe technisch vollkommen, ist die Produktion bei Schonung der menschlichen und tierischen Arbeitskräfte bedeutend gesteigert, dann haben die Inhaber der Mittelbetriebe den schönsten Anschauungsunterricht über moderne und rationelle Wirtschaftsweise, und sie werden dann dem Sozialismus und der Sozialisierung anders gegenüberstellen als heute, zumal bei Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse. Dann wird die Sozialisierung der Mittelbetriebe erfolgen können unter Mitwirkung und Mitbestimmung der Betriebsinhaber. Dabei können ihre persönlichen Interessen soweit gewahrt werden, wie das die allgemeinen Interessen zulassen.

Die Mittel- und Kleinbetriebe aber müssen in einer sozialistischen Bedarfswirtschaft dem allgemeinen Wirtschaftsplatz unterstellt werden. Man darf nicht etwa an die große Zwangsjacke denken, in die diese Betriebe hineingesteckt werden sollen, es soll auch nicht von einer hohen Behörde dekretiert werden, was die Produzenten zu tun haben.

Einmal muß nach dem allgemeinen Wirtschaftsplatz die gesamte Bodenschläge, soweit sie kulturfähig ist, bearbeitet werden. Dann sind gewisse Richtlinien für die Produktion zu beachten, was schon die planmäßige Bewirtschaftung erfordert. Und dann sind die gesellschaftlichen notwendigen Bestimmungen über den Ablauf der Produktion einzufassen. Doch darüber soll nicht über die Köpfe der Betriebsinhaber entschieden werden, sondern die Ausfüllung des Wirtschaftsplanes, seine Durchführung kann nur geschehen, unter ihrer Mitbestimmung, wozu sie sich eine Organisation auf der Grundlage des Räteplans zu schaffen haben. Ihre Vertreter wirken in allen Wirtschaftskörpern mit. Natürlich müssen sie auch wiederum den produktiv Tätigen, die in ihrem Betriebe als Lohnarbeiter beschäftigt sind, Mitbestimmungsrecht gewähren auf Grund der Bestimmungen über die Betriebsräte. Ist eine Räteorganisation der Betriebsinhaber vorhanden, so wird man sich über eine zweckmäßigere Bodeneinteilung und Bewirtschaftung verständigen. Die Bewirtschaftung der Forsten geschieht am besten auf größerer Grundlage. Das Recht der bäuerlichen Bevölkerung auf Entnahme von Kuchholz, Brennstoffen, Streu- und Futtermitteln usw. muß natürlich gesichert werden.

Wie in den Großbetrieben, so muß auch in den Mittel- und Kleinbetrieben die Produktion gefördert werden. Hier werden die Genossenschaften besonders den Mittel- und Kleinbetrieben eine wertvolle Stütze sein. Darüber hinaus müssen besonders gesellschaftliche Mittel zum Bau von Wohnungen, Wirtschaftsgeländen, Wegen, Verkehrsmitteln, Licht- und Wasseranlagen bereitgestellt werden. Die Kreise für Agrarprodukte werden von Abperschaften auf Grund genauer Berechnungen der Produktionskosten festgesetzt. Ihnen gehören die Vertreter der Wirtschaftsräte, der Großbetriebe, der Klein- und Mittelbetriebe, sowie der Verbraucher-genossenschaft an. Das gesamte Versicherungswesen wird sozialisiert, was besonders für die Mittel- und Kleinbetriebe ein Vorteil ist, die heute häufig unzureichend versichert sind und die bei vorkommenden Unglücksfällen schweren Schaden erleiden. Auslastungskosten, die allen produktiv Tätigen auf dem Lande zur Verfügung stehen, werden wiederum für die Klein- und Mittelbetriebe besonders wertvoll sein. Ebenso wird die Ausdehnung der gesamten sozialen Versicherungsgehalte, insbesondere der Krankenversicherung auf die Mittel- und Kleinbetriebe für die bäuerliche Bevölkerung ein Segen sein. Der Sozialismus schafft einmal eine bessere Verbindung zwischen Stadt und Land durch großzügige Verkehrsmittel, dann aber auch kulturelle Einrichtungen. Das landwirtschaftliche Schulwesen, die landwirtschaftlichen Hochschulen sind Einrichtungen für die gesamte Agrarwirtschaft. So wird der Sozialismus die arbeitende Landbevölkerung auf eine höhere Kulturstufe bringen.

In einer sozialistischen Bedarfswirtschaft kann es natürlich keine Boden speculation geben. Ihre Beseitigung ist ja auch das Ziel zahlreicher bürgerlicher Bodenreformer. Der Handel wird also unterlagert; wer sein Grundstück nicht länger bewirtschaften will, stellt es dem Kreiswirtschaftsrat zur Verfügung, der den Besitzer in angemessener Weise entschädigt und der über die weitere Bewirtschaftung des Betriebes befiehlt. Es wird entweder, wenn es dazu geeignet ist, der planmäßigen Bewirtschaftung der Großbetriebe unterstellt, oder es wird zu den von den Wirtschaftsräten erlassenen

Bedingungen verpachtet. Eine Reform des Erbrechts muß ebenfalls stattfinden.

Der Streit, ob der Großbetrieb oder Kleinbetrieb höhere Erträge abwirft, braucht uns nicht besonders zu beschäftigen. Wie die Dinge heute liegen, sind beide Betriebsgruppen gesellschaftlich äußerst notwendig, und deshalb müssen beide mit gesellschaftlichen Mitteln gefördert werden. Sicherlich gehört dem Großbetrieb die Zukunft und die Vermehrung der Kleinbetriebe auf Kosten der Großbetriebe ist zu unterlassen. Im Kleinbetrieb wird noch solange intensiv produziert werden müssen, bis Groß- und Mittelbetriebe soviel erzeugen, daß alle Mitglieder der Gesellschaft reichlich ernährt werden können. Was dann aus den Kleinbetrieben wird müssen spätere Geschlechter entscheiden.

Die Gesellschaft hat jetzt alles Interesse daran, die Lage der bäuerlichen Bevölkerung günstig zu gestalten und zu heben. Ihre Maßnahmen müssen darauf Rücksicht nehmen. Doch kann sie nicht dulden, daß ein Stand, der im Besitz des Grund und Bodens ist, seine Monopolstellung vertritt, ausnützt, daß die Lage der übrigen arbeitenden Bevölkerung dadurch ungünstig wird. In der sozialistischen Bedarfswirtschaft müssen Produktion und Verteilung der Produktion einen gleichmäßigen Charakter bekommen, und dieser Grundlag muß auch für die bäuerliche Bevölkerung maßgebend sein. Ihre Betriebe werden, soweit sie mehr produzieren können, als sie selbst verbrauchen, dem allgemeinen Wirtschaftsplatz unterstellt.

Bei allen Entscheidungen über die Agrarwirtschaft hat die bäuerliche Bevölkerung ein Mitbestimmungsrecht. Wer trotzdem sich beharrlich weigert, die Bestimmungen zu beachten, muß enteignet werden. Der Betrieb wird entweder gesellschaftlich bewirtschaftet oder verpachtet. In solchen Maßnahmen muß gegriiffen werden, wenn eine planmäßige sozialistische Bedarfswirtschaft gedeihen soll.

Genossenschaftswesen.

In der Agrarwirtschaft haben die Genossenschaften äußerst wichtige Funktionen zu erfüllen. Schon jetzt ist das Genossenschaftswesen auf dem Lande weit verbreitet. Die ländlichen Genossenschaften befinden sich im Rahmen zweier Nischenverbände, des Generalverbandes der Deutschen Raiffeisen-Genossenschaften und des Reichsverbandes der Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Der Generalverband Deutscher Raiffeisen-Genossenschaften leitet sich zusammen aus Vorstand, Generalverbandsrat, Sonderausschüssen, Geschäftsführung und Generalverbandsrat. Sonderausschüsse sind eingerichtet für Betriebsgenossenschaften, für das Raiffeisen-Genossenschaftswesen, für das Winter-Verzeimwesen, für die Raiffeisen, für die Versicherungen, für die Rechtsentwicklung, für die Prüfung von Bräunern. Die Abteilungen zerfallen wieder in eine allgemeine Abteilung, in eine Raiffeisenabteilung, in eine literarische Abteilung, in eine Rechtsabteilung, in eine volkswirtschaftliche Abteilung, in eine publizistische Abteilung, in eine statistische Abteilung, in eine Druckabteilung, in eine Verwaltungsabteilung. Einen ähnlichen Apparat hat der Reichsverband der Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Diese Genossenschaften haben Milliardenumsätze, Milliardengewinne zu verzeichnen. Die Tätigkeit erstreckt sich aber nicht etwa im Geldverkehr, im Erwerb und Abfluß von Erzeugnissen, in der Herstellung von Produkten; die ländlichen Genossenschaften suchen dem Landwirt in allen Wirtschaftszweigen Bestand zu leisten. Sie geben ihm Auskunft, sie gewähren ihm Rechtsbeistand, sie vermitteln ihm Arbeitskräfte, sie helfen ihm bei der Siedlung, bei der Abgabe der Steuererklärungen.

Die Produzenten erkennen immer mehr den Wert der Genossenschaften. Es wird ihre Ausdehnung auf die gesamte Landwirtschaft propagiert. Man spricht von der Organisierung der Landwirtschaft zu einer Gemeinwirtschaft, von der Ausdehnung des Zwickelbundes, von einer engen Verbindung zwischen Produzenten und Verbrauchergenossenschaften. Der Ausbau des Genossenschaftswesens wird nach diesen Gedankenlinien vorgenommen und es wird auf diese Weise nützliche Vorarbeit für die sozialistische Bedarfswirtschaft geleistet. Kommt diese, so muß zunächst, falls das noch nicht geschehen ist, das Genossenschaftswesen auf die gesamte Agrarwirtschaft erweitert werden. Vor allem aber muß es auf eine gleichmäßige Grundlage gestellt werden. Die Genossenschaften selbst müssen nach den Grundrissen des Räteplans umgestaltet werden. Vor allem ist der Ausbau der Produktionsgenossenschaften notwendig, die eine Steigerung der Produktion in den Mittel- und Kleinbetrieben herbeiführen und diesen die weitestgehende Anwendung der modernen technischen Arbeitsmittel ermöglichen werden. Dem Genossenschaftswesen ist der gesamte Geldverkehr für die Agrarwirtschaft zu übertragen. Zu diesem Zwecke werden ihnen gesellschaftliche Mittel bereitgestellt, damit sie den Anforderungen genügen können, die an sie gestellt werden. Die Genossenschaftler besitzen sämtliche Betriebsmittel für die Agrarwirtschaft. Sie legen sie in den Gemeinden ab. Die Genossenschaften übernehmen die Regelung des Abflusses der Produkte der Agrarwirtschaft. Zu diesem Zweck wird eine enge Verbindung mit den Verbraucher-Genossenschaften und Gemeinden geschlossen, damit eine gemeinsame genossenschaftliche Tätigkeit erfolgen kann. Zu diesem Zweck muß auch den Verbraucher-genossenschaften ein Mitbestimmungsrecht in den Genossenschaften der Agrarwirtschaft eingeräumt werden.

Wenn so die Produktion und Verteilung der Produkte planmäßig organisiert wird, kann eine Steigerung der Produktion sehr bald erfolgen, und damit das große Elend, das heute herrscht, schnellert und allmählich beseitigt werden. Es wird harte Arbeit der Anwendung aller gesellschaftlichen Kräfte bedürfen, um die Menschheit aus dem wirtschaftlichen und sozialen Sumpf herauszubringen. An diese Tätigkeit muß herangegangen werden, und an der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land liegt es, der sozialistischen Bedarfswirtschaft die Wege zu öffnen und sie zu erleichtern. Die Industriebevölkerung muß wissen, daß sie ohne die Mitarbeit der arbeitenden Landbevölkerung sich vom Kapitalismus nicht befreien kann, und die produktiv Tätigen auf dem Lande sind wiederum auf die Hilfe der industriellen und gewerblichen Hand- und Kopfarbeiter angewiesen, wenn sie sich von der Herrschaft der Großgrundbesitzer befreien und auf dem Boden der wirtschaftlichen Gleichheit zur sozialen und politischen Freiheit und Gleichberechtigung gelangen wollen.

Leipzig, den 18. September 1921.

Karl Marchionini.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Leipziger Eisenbahner gegen die Entkalkung der Reichseisenbahn.

Am 25. November nahmen in einer großen öffentlichen Versammlung in den Sälen des Volkshauses die Leipziger Eisenbahner zu der Frage, ob die Reichseisenbahn dem Privatkapital ausgeliefert werden soll oder nicht, Stellung. Das Referat hatte der Reichstagsabgeordnete Seger übernommen. Der Referent stellte vornehmlich den Grundlag auf, daß die Privatisierung der Reichseisenbahn nicht etwa eine reine Sachangelegenheit sei, die nur die in der Reichseisenbahn beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter angehe, es wäre auch keine rein wirtschaftliche Frage, sondern diese Frage habe eine eminent politische Bedeutung. In überaus treffender Weise erklärte er, welche freiespielendes Spiel bisher die Kapitalisten mit dem deutschen Volk getrieben haben und noch treiben, um das stärkste Band, das das

gesamte Reich zusammenhält, zu zerreißen und um dadurch die politische und wirtschaftliche Macht restlos in ihre Hand zu bekommen. Im weiteren wies er nach, wie das Defizit bei der Eisenbahn entstanden ist und daß auch das Privatkapital nicht sofort in der Lage sei, dieses Defizit zu beseitigen. Den besten Beweis dafür liefern uns doch Frankreich und England, wo die Eisenbahnen im Privatbesitz sind. Um das Reich aus der Finanznot herauszubringen, müsse endlich an die Erfassung der Sach- und Goldwerte gegangen werden. Genosse Seger forderte die Anwesenden auf, sich dafür mit aller Kraft einzusetzen.

Durch lang andauernden Beifall bekundeten die zahlreich erschienenen Beamten und Arbeiter ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten. In Anbetracht des vorzüglichen Referats wurde von einer Diskussion abgesehen. Folgende

Resolution

wurde einstimmig angenommen:

„Die heute, am 25. November 1921, in den Sälen des Volkshauses zu Leipzig verammelten Eisenbahner, Beamte wie Arbeiter von Leipzig, nehmen Kenntnis von der beschließigen Verschärfung der Reichseisenbahn auf die Großindustrie. Sie erheben gegen die Verkapitalisierung der Reichseisenbahn energischen Protest und erklären sich bereit, diesen jeder Vaterlandsliebe hörensprechenden Anschlag der Großindustrie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln abzumehren, auch mit dem Kampfmittel des Generalstreiks. Die Versammelten erwarten im gegebenen Augenblick den Ruf ihrer Organisationen und erklären sich bereit, mit allen Kräften an der Beseitigung des Defizits zu arbeiten. Sie verlangen von der Regierung die Erfassung der Sach- und Goldwerte. Eine tatkräftige Mitarbeit kann jedoch nur geschehen, wenn den Beamten- und Betriebsräten das volle Mitbestimmungsrecht gegeben wird.“

Sie verlangen weiter vom RM., daß die bisherigen sozialen Ertragsanteile, wie der Achtstundentag, unter keinen Umständen veräußert werden, sondern fordern einen weiteren Ausbau der sozialen Fürsorge.

Die Versammelten verlangen vom RM., daß die Vorschläge des Deutschen Eisenbahnerverbandes, welche zur Beseitigung des Defizits in der Reichseisenbahn des Milliardendefizits bei der Reichsbahn gemacht worden sind, berücksichtigt werden.

Ronditorenstreik.

Wir konnten gestern berichten, daß am ersten Streiktag mehrere Geschäfte die Forderungen der Streikenden schriftlich anerkannt haben. Dazu sind weitere Bewilligungen eingegangen, so daß bereits mehr als der vierte Teil der vorhandenen Gehilfen von Leipzig zu den neuen Lohnbedingungen arbeiten. Von all den Firmen, die die Forderungen der Streikenden anerkannt haben, wurde uns versichert, daß sie überhaupt nichts erfahren haben, daß Lohnstreiklisten beständen, die nun zum Streik geführt haben. Es sei unverstänlich gewesen, daß die Innung den Streik abgelehnt hat. Durch das Verhalten der Innung sind nun die Lohnforderungen im Durchschnitt um 40 Mk. pro Woche höher geworden. Nachdem nun schon eine stattliche Anzahl Arbeiter diese Forderungen nach dem zweiten Streiktag zahlen, haben die Streikenden gar keinen Anlaß, auch nur einen Pfennig davon abzulassen. Der Beweis ist also vorhanden, daß die geforderten Löhne gezahlt werden können. Die Löhne, die im Streikvertrag festgelegt waren, scheiden nunmehr aus.

Einige Geschäfte versuchen, sich mit zusammengekauften Streikbrechern zu helfen. In der Konditorei Lehmann, Dufourstraße, wurden die Streikenden von dieser Garde mit Knüppeln empfangen und verhaften. Nur dem Umstand, daß sofort ein Schuhmann dazwischentrat, ist es zu verdanken, daß es dieser Knüppelgarde nicht vergolten wurde. Herr Lehmann ist ein besonderer „Freund“ der gesellschaftlichen Arbeitszeit. Die Lehrlinge werden fast regelmäßig Sonntags beschäftigt. „Kassakundenumzüge“ sind so die geläufigsten Ausdrücke gegenüber seinen Lehrlingen.

Herr Bäckermeister Banig, Schönefeld, Stettiner Straße, läßt seinen Sohn in der Konditorei Bierwinkel Streikbrecherarbeit verrichten. Den Vorhalt eines der Streikenden beantwortet der Herr mit Nuscheln. Man wolle also recht vorsichtig sein bei Einkäufen bei diesen Herren. Der Konditor Max Härtel, Neubitz, Albedstraße 24, pl., ist zum Streikbrecher geworden. Zentralverband der Bäcker, Konditoren u. verw. Berufsgenossen.

Streik der Angestellten in den Berliner Gemeindebetrieben.

Zu der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde ein Dringlichkeitsantrag der Unabhängigen, der ein weiteres Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Angestellten der städtischen Werke bewirkt, abgelehnt. Die kaufmännischen Angestellten haben daraufhin in einer Versammlung gestern Abend beschlossen, sofort in den Streik zu treten.

Die Betriebs- und Maschinenmeister sollen, um dem Magistrat noch Zeit zum Einlenken zu geben, erst einige Stunden später in den Streik treten. Heute Abend findet eine Volkerversammlung der Angestellten statt.

Der Streik der Hamburger Werftarbeiter wurde bei der Abstimmung am Sonntag angenommen. Die Arbeitgeberorganisationen haben den Streik ebenfalls angenommen, so daß die neuen Löhne ab 1. Dezember in Kraft treten. — Auf der Germania-Werft wird wieder gearbeitet.

Die Portiers-, Fahrstuhl- und Markthelfer in den Berliner Geschäften- und Industriehäusern sind am Montag wegen Lohnforderungen in den Streik getreten.

Fortdauer des Streiks der Essener Straßenbahner. Die Abstimmung, die am Sonntag unter den Straßenbahnern stattfand, hat 1187 Stimmen für den Streik und 310 Stimmen für die Wiederaufnahme der Arbeit ergeben. Der Streik wird somit fortgesetzt. Außerdem haben die christlichen Gewerkschaften sowie die Metallarbeiter beschlossen, ihre Bewegung fortzusetzen.

Schererstreik in ganz Italien. Wegen die Gewaltakte der Faschisten.

Ein neuer Gewaltakt der Faschisten hat einen achtundvierzigstündigen Proteststreik der Scherer in ganz Italien heraufbeschworen, der am Montag begann. In Triest hatten Faschisten zwei Scherer gefangen genommen, in einem Auto auf die Wintermesse geschleppt und dort in einen Kamm gesperrt, gegen den sie ein Revolverfeuer eröffneten. Einer wurde tödlich getroffen, der andre, von den Faschisten fälschlich für tot gehalten, konnte noch lebend in ein Spital gebracht werden, wo er sich aus Furcht vor Rache weigert, die Namen der beteiligten Faschisten, die ihm bekannt sind, anzugeben. Zum Protest gegen diese Gewalttat wurde der allgemeine Schererstreik proklamiert. — In Triest haben sich die Straßenbahner und die Hafenarbeiter, die erst in diesen Tagen, nach dem Generalstreik, die Arbeit aufgenommen hatten, dem Proteststreik der Scherer angeschlossen.

Zum Monats- u. Quartalschluß

werden die verehrlichen Postabonnenten um die rechtzeitige Erneuerung ihrer Bestellung beim Briefträger oder bei dem Postamt ihres Wohnortes gebeten. Um Verzögerungen in der Zustellung zu vermeiden, empfiehlt sich die Erneuerung oder Neubestellung schon einige Tage vorher!

